

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.	Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.	Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.
--	--	--

Es geht vorwärts!

Eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß der schlimmste Tiefstand der Krise überwunden ist. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung insbesondere unsere Arbeitslosenstatistik, welcher allerdings von unseren Kollegen immer noch nicht die genügende Beachtung geschenkt wird. Recht lehrreich ist die in Nr. 29 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckte Tabelle, welche die absolute Zahl der Arbeitslosen und ihr Verhältnis zu der Gesamtzahl der Mitglieder in den einzelnen Monaten seit Beginn des Jahres 1905 zeigt. Wir ersehen daraus, daß die Arbeitslosigkeit am schlimmsten im Monat Dezember des vorigen Jahres herrschte; waren doch in diesem Monat nicht weniger als 12 651 Mitglieder oder 8,89 Proz. der Verbandsangehörigen arbeitslos. Im Januar trat eine Besserung ein; die Arbeitslosenziffer sank auf 7,07 Proz. und im Februar ging sie weiter zurück auf 5,67 Proz. Aber immer noch war sie erheblich höher als in den entsprechenden Monaten des Krisenjahres 1908, wo wir im Januar und Februar 5,81 bzw. 4,80 Proz. Arbeitslose zählten. Aber vom März ab macht sich eine Besserung immer deutlicher bemerklich. Wir zählten im März 1909 4,40 Proz. (1908 4,43 Proz.), im April 3,62 (4,62), im Mai 3,10 (4,39) und im Juni 3,10 (4,18) Proz. Arbeitslose. Die Besserung ist unverkennbar, aber wir sind noch weit von dem normalen Zustand entfernt. Das ist leicht zu erkennen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Monat Juni des Jahres 1905 nur 1,08, 1906 1,38 und 1907 1,56 Proz. Arbeitslose gezählt wurden.

Immerhin können wir konstatieren, daß sich der Geschäftsgang gehoben hat und erfreulicherweise zeigt sich diese Besserung auch im Anwachsen unserer Mitgliederziffer. Das erste Quartal 1909 hat uns, trotz des außerordentlich schlechten Beschäftigungsgrades, den besonders die beiden ersten Monate aufzuweisen hatten, einen Zuwachs von 607 Mitgliedern gebracht. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diesen Zuwachs in schwerer Zeit zu einem guten Teil auf Konto der außerordentlichen Agitation setzt, die im März dieses Jahres planmäßig in allen Zahlstellen betrieben wurde, die allerdings ihre Hauptwirkung erst im zweiten Quartal zeigen wird. Hat uns doch das zweite Quartal nach einer vorläufigen Uebersicht einen weiteren Zuwachs von mehr als 2000 Mitgliedern gebracht. Durch diese Agitation ist der Beweis erbracht, daß es doch etwas nützt, wenn man zielklar an die Werbung neuer Mitglieder herangeht. Eine solche umfassende Agitation, wie sie im verfloffenen Frühjahr inszeniert wurde, läßt sich nicht in kurzen Zwischenräumen wiederholen, aber deshalb darf die Agitationsarbeit in der Zwischenzeit nicht ruhen. Die Möglichkeit, für den Verband zu wirken, ist immer gegeben. Man darf aber nicht warten, bis der Verbandsvorstand oder der Gauborstand einen neuen Anstoß gibt. Es wäre sehr unecht, wenn man den Lokalverwaltungen Richtigkeit vorwerfen wollte. In den weitaus meisten Fällen tun sie in reichem Maße ihre Pflicht. Aber die fleißigste Verwaltung wird erlahmen und sich in erfolglosen Bemühen aufreiben, wenn nicht bei der Masse der Mitglieder der ernste Wille vorhanden ist, bei der Agitation mit Hand anzulegen.

Vielmehr, und das trifft vornehmlich auf die großen Zahlstellen zu, ist es nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Kollegen, der sich mit ganz besonderer Liebe der Verbandsarbeiten annimmt. Viele haben neben ihrer Berufstätigkeit so manche andere wirkliche oder vermeintliche Pflichten zu erfüllen, daß ihnen zum Dienst in ihrer Gewerkschaft wenig Zeit übrig bleibt. Wir wollen diese Kollegen nicht von vornherein verdammen. Wir wollen gern anerkennen, daß der, der die ihm nach Feierabend verbleibende Zeit dazu ausnützt, sich beruflich fortzubilden, ein allgemeines Wissen zu erweitern oder der sich in erheblichem Maße der politischen Arbeiterbewegung oder der Genossenschaftsbewegung widmet, auch von unserer Standpunkt keinen Tadel verdient. Es fällt uns auch nicht ein, über die Vergnügungssucht der Arbeiter zu schelten, wenn unsere Kollegen, jeder in der ihm zusagenden Weise, gelegentlich Besreuer suchen. Auch der Arbeiter hat ein Recht, sein Leben zu genießen, und die Vergnügungen, die den Arbeitern zu Gebote stehen, sind gewöhnlich so harmlos und bescheiden, daß nur Zeloten oder Geizhals sich über die Vergnügungssucht der Arbeiter entrüsten können.

Was wir aber mit Recht von allen unseren Berufs- genossen verlangen, ist, daß sie stets dessen eingedenk bleiben, daß die Arbeitsbedingungen, unter welchen sie tätig sind, die Voraussetzung dafür bilden, ob und in

welchem Maße sie ihren besonderen Neigungen huldigen können. Kurze Arbeitszeit und hohe Löhne muß jeder erstreben, nicht nur, weil sie das Ziel der Gewerkschaftsbewegung sind, sondern weil sie dem einzelnen zugute kommen und als die Voraussetzung für die Führung eines menschenwürdigen Daseins gelten müssen. Leider ist das Verständnis hierfür bei weitem noch nicht bei allen Holzarbeitern in dem wünschenswerten Maße entwickelt. Noch viele gibt es, die sich nicht die Mühe genommen haben, darüber nachzudenken. Gar mancher zermartete angefaßtes feines schmalen Geldbeutel sein Hirn mit der Frage, wie er es anstellen könne, sein Einkommen zu erhöhen. Daran, daß der Anschluß an seine Organisation der sicherste Weg ist, der ihn zum Ziele führt, denkt er nicht. Und wenn er daran denkt, schaut er zurück vor der Länge des Weges und weil ja die anderen nicht mitmachen.

Diesen Zweifeln muß gesagt werden, daß auch die anderen folgen werden, wenn sie nur selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Und diejenigen, die noch nicht dazu gekommen sind, über ihre wirtschaftliche Lage nachzudenken, müssen daran erinnert werden. Das geschieht zweifellos am besten in den Versammlungen. Aber diese sind nicht der einzige Ort, an welchem wir Agitation treiben können. Gelegenheit hierzu findet sich überall, und jedes Mitglied, gleichviel welchen besonderen Neigungen es huldigt, findet, sobald es nur den ernststen Willen dazu hat, die Möglichkeit, für den Verband zu wirken. Viele Wege führen nicht nur nach Rom, sondern auch zur Organisation. Wird der Samen an recht vielen Stellen ausgestreut, dann wird man öfters die freudige Genugtuung erleben, auch dort Früchte ernten zu können, wo man es kaum erwartet hatte. In dem gleichen Maße, in welchem wir alle Agitationsmöglichkeiten ausnützen, wird auch das Interesse für die speziellen Veranstaltungen der Organisation wachsen und der Versammlungsbesuch sich heben.

An Agitationsstoff fehlt es uns niemals und gerade die gegenwärtige Zeit ist reich an Momenten, die geeignet sind, die Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband darzutun. Wir haben eingangs an der Hand unserer Arbeitslosenstatistik dargelegt, daß sich eine Besserung der Geschäftslage in der Holzindustrie bemerkbar macht. Obwohl der normale Geschäftsgang bei weitem noch nicht erreicht ist, macht sich vielerorts das Bestreben geltend, eine Besserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Dieses Streben ist begreiflich; haben doch die Arbeiter schwer unter der durch die Wirtschaftspolitik des Reiches bedingten Steuerlast und der ungenügenden Lohnhöhe der neuen Steuern begonnen sich schon vor ihrem Inkrafttreten auf das empfindlichste fühlbar zu machen. Die Produzenten sind bestrebt, die Steuerlast nicht nur von sich abzuwälzen, sondern sie suchen die Gelegenheit wahrzunehmen, noch einen Extraprofit einzuheimen. Der Arbeiter muß den Schmachtkriegen noch enger anziehen, wenn es ihm nicht gelingt, sein Einkommen zu steigern.

Die „Nachzeitung“ ist entriestet, daß die Holzarbeiter in nicht weniger als 45 Städten Forderungen gestellt haben. Ob diese Zahl richtig ist, wollen wir nicht untersuchen; es ist auch ganz nebensächlich. Wenn man sich wundern will, so gäbe hierzu höchstens die Tatsache Anlaß, daß nicht in noch viel mehr Orten Forderungen gestellt wurden. Das Bedürfnis dafür ist zweifellos vorhanden und für die Zurückhaltung sind in erster Linie taktische Rücksichten maßgebend. Es ist ein Beweis für die Erziehungsarbeit, welche unsere Organisation geleistet hat, daß nicht die Holzarbeiter in allen Orten die ersten Merkmale einer Konjunkturbesserung als Anlaß genommen haben, um mit ihren Forderungen hervorzutreten. So berechtigt und verständlich ein solches Verlangen wäre, so gering wäre bei einem planlosen Vorgehen die Aussicht auf Erfolg. Wie wenig begründet es aber ist, die regelnde Tätigkeit der Verbandsleitung, die ja oft genug von den Mitgliedern als lästiges Bremsen empfunden wird, als einen Ausfluß der Schwäche und der Leistungsunfähigkeit anzusehen, das zeigt in ganz besonderer Schärfe der Ausgang der Lohnbewegungen in Rheinland-Westfalen und in Nürnberg. In beiden Gebieten waren es harte Kämpfe, die unter erschwerten Umständen durchgeführt wurden und die zu einem sehr erfreulichen Resultat führten.

Ob speziell diese Kämpfe vermeidbar waren, läßt sich jetzt schwer beurteilen; das eine aber ist gewiß: wir könnten noch viel größere Erfolge mit weit geringeren Opfern erzielen, wenn die Holzarbeiter ohne Ausnahme unserer Organisation angehören würden. Aber daran fehlt es leider. Wir wollen jedoch deshalb nicht verzagen;

im Gegenteil, wir dürfen Mut fassen. Es scheint, daß die schlimmste Zeit für die Organisation vorüber ist, wir marschieren wieder vorwärts. Nun heißt es, alle Kräfte anspannen, daß dieser Vormarsch nicht wieder gehemmt wird. Unsere Parole muß sein: „Vorwärts, zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!“

Standesbewußtsein und Klassenbewußtsein.

Eine sozialgeschichtliche Skizze.

II.

r. Wie uns die Entwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt, haben sich im Laufe der Zeit zwischen die Klasse der Herren und die der Sklaven allerlei neue Elemente eingeschoben, die weder der einen noch der anderen Klasse angehörten. Diese Mittelschichten schlossen sich von den anderen Gliedern des Volkes ab und bildeten einen Stand für sich, eine Gruppe mit eigenen Sitten, Lebensgewohnheiten und Anschauungen. Ein jeder Stand erzeugte in sich einen besonderen Geist, ein bestimmtes Standesbewußtsein, das das Tun und Lassen der Angehörigen dieses Standes beeinflusste und regelte.

Zuerst bildete sich der Stand der Kaufleute, Menschen voll Mut und Unternehmungslust, die den Austausch der Produkte unter den verschiedenen Völkerstämmern vermittelten. Sie erschienen, reich beladen mit allerlei Waren, in einem Gange und suchten Abnehmer für all die Herrlichkeiten, die sie vor den verwunderten Augen der Eingeborenen ausbreiteten. Und dann zogen sie weiter, nachdem sie einheimische Produkte eingetauscht hatten. Offenbar entsprach ihre Tätigkeit einem Bedürfnisse, denn so sehr man sie auch anfeindete und schikanierte, sie kamen doch immer wieder, bis sie endlich nach vielen Mühen festen Fuß faßten und sogar Niederlassungen gründeten. Allmählich gewöhnte man sich an die fremden Gäste und sie, die man einstmal für Schwindler, Betrüger und Volksverderber erklärt hatte, erwarben sich immer mehr Ansehen. Aber sie hielten sich noch immer für sich und rechneten sich weder zu dem grundbesitzenden Adel noch zu den landlosen Proletariern. Sie betrachteten sich — nicht mit Unrecht — als wichtige Zwischenglieder in der menschlichen Gesellschaft, als Förderer der Entwicklung und als Träger einer höheren Kultur. Diese Ueberzeugung zeitigte in ihnen ein hohes Standesgefühl, das Bewußtsein, mehr zu sein als andere Leute. Die königlichen Kaufleute früherer Zeiten spielten eine hervorragende Rolle und noch heute klingt das Standesbewußtsein nach in dem simpeln Kaufmannslehrling, der sich turmhoch erhaben dünkt über die „gewöhnlichen“ Arbeiter.

Allmählich entstand denn auch die Kriegerkaste, Leute, die das Kriegshandwerk gewerbmäßig betrieben. Während früher jeder wehrfähige Mann die Waffen zum Angriff und zur Verteidigung ergreifen mußte, sonderte sich jetzt ein bestimmter Stand ab. Dieser Stand, der die verschiedensten Entwicklungsphasen durchgemacht hat, bildete in all seinen Gliedern eine geschlossene Einheit, die erfüllt war von dem Bewußtsein eines hohen Wertes. Wie im Mittelalter der trügliche Landsknecht mit mitleidiger Verachtung herablickte auf die „Gebatter Schneider und Handschuhmacher“, so betrachtet auch der moderne Kriegsknecht die Zivilisten als Personen minderen Wertes.

In ähnlicher Weise sonderten sich in einem Volke noch verschiedene andere Berufsgruppen ab: es bildete sich der Stand der Priester und Mediziner, die Heilmittel kannten für Seele und Leib, der Stand der Gelehrten, die sich in die Wissenschaft vertieften und den Menschen Kenntnisse höherer Art übermittelten, der Stand der Juristen, die das Recht suchten und verkündeten, der Stand der Dichter und Künstler, die das Alltagsleben durch ihre herrlichen Schöpfungen verschönten, und noch andere Stände. Jeder dieser Stände erzeugte in seinen Angehörigen ein ausgeprochenes Standesbewußtsein, das sich im Verkehr mit anderen Menschen deutlich bemerkbar machte. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, und der Leser wird aus seiner eigenen Lebenserfahrung Beispiele eines solchen Standesbewußtseins in Fülle und Fülle aufzeigen können. Manchmal weckt dies Bewußtsein in uns unangenehme Empfindungen, und dann sprechen wir von einem Standesdünkel, von einer Ueberhebung, manchmal halten wir dies Selbstgefühl für begründet, und dann sprechen wir von einem berechtigten Stolz. Immerhin aber müssen wir das Standesbewußtsein als eine sozialgeistige Erscheinung bezeichnen, deren Bedeutung für das menschliche Zusammenleben und für die soziale Entwicklung unerkennbar ist.

Im Rahmen dieser Untersuchung interessiert uns besonders — abgesehen vom Bauernstand — ein Stand, der im wirtschaftlichen Leben eines jeden ins Zeitalter der Kultur eintretenden Volkes eine wichtige Rolle gespielt hat. Es ist dies der **Handwerkerstand**. Technisch beruht er auf der Teilung der Arbeit, die dazu führte, daß im Laufe der Zeit jeder produktiv tätige Mensch auf eine bestimmte Arbeit, auf einen bestimmten Beruf beschränkte. Ursprünglich wurden die einzelnen Teilarbeiten von den Sklaven ausgeführt, und noch an den Bronzefunden des frühen Mittelalters finden wir unfreie Leute als Handwerker. Manche dieser Handwerker erwarben sich durch Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit die Gunst ihrer Herren und insolge dessen auch ihre Freiheit; sie mußten ihren ehemaligen Herren noch gewisse Dienste leisten, waren aber im übrigen freie Leute geworden. Ihre Zahl wuchs nach und nach, ihr Ansehen war stark und ihr Wohlstand hob sich, sie gewannen an Einfluß, und da sie auch in der Lage waren, die Waffen zu führen, so wurden sie allmählich ein Element, mit dem man rechnen mußte. Hinzu kam noch, daß der Organisationsgedanke schon frühzeitig Wurzel faßte unter ihnen. Da die Angehörigen ein und desselben Gewerks auch räumlich, in ein und derselben Straße, zusammenwohnten, woran noch heute zahlreiche Straßennamen erinnern, so lag ein Zusammenschluß zu Gilden oder Zünften nahe. In der Tat entstehen denn auch bald in allen Handwerkszweigen Organisationen, die alle Angehörigen desselben Gewerks umfassen. Das Selbstbewußtsein der Handwerker schloß mächtig ins Kraut und es entspannen sich Kämpfe zwischen den Zünften und den alleingewesenen Geschlechtern. Diese Kämpfe um Ansehen und Macht drückten der Geschichte der mittelalterlichen Städte ihren Stempel auf. Da der Kampf den Charakter des Menschlichen und der Gruppe stärkt, so nahm das Standesbewußtsein der Handwerker Formen an, in die wir uns heute nur schwer hinein-denken können.

Außer den allgemeinen Interessen aller Handwerke machte sich infolge der Konkurrenz auch das Sonderinteresse des einzelnen Handwerks bemerkbar. Untereinander sperren sich die Zünfte gegenseitig ab und es fehlte niemals an Reibereien in bezug auf das Arbeitsgebiet, die für uns moderne Menschen einen komischen Anstrich haben. Dieses Absperrten gegeneinander erzeugte naturgemäß in den Angehörigen eines jeden Handwerks ein überquellendes Standesbewußtsein. Ein Schneider dünkte sich erhaben über den Schuster, der Maurer über den Zimmermann, und jeder Handwerker hielt sein Handwerk für das erste der Welt. Man braucht nur die Handwerkslieder des Mittelalters zu lesen oder die Handwerksbräuche zu beobachten, um die Wichtigkeit dieser Behauptung zu erkennen. Besonders in den zahlreichen Schwänken des Mittelalters tritt das Bestreben des einen Handwerks, sich an dem andern zu reiben, deutlich zutage: Till Eulenspiegel, der Universalhandwerker, ist der leuchtendste Beweis hierfür, indem er an jeglichem Handwerk eine lächerliche Seite entdeckt.

Dieses Standesbewußtsein im Handwerk ragt bis in die Gegenwart hinein und jeder Leser dieser Zeilen mag nur an seine eigene geistige Entwicklung zurückdenken. Wie lange ist es her, daß sich die Bäckergehilfen — um nur ein Beispiel herauszugreifen — mit Händen und Füßen dagegen sträubten, mit den Bäckereiarbeitern in eine Organisation gebracht zu werden? Und gibt es nicht noch heute zahlreiche Handwerkergehilfen, die es nicht wagen würden, wenn man sie als Arbeiter bezeichnen wollte? So stark wirkt das Standesbewußtsein, dieses Erbteil früherer Jahrhunderte, noch nach in der lebendigen Gegenwart.

Der VII. christliche Gewerkschaftskongreß,

der vom 19. bis 21. Juli in Köln tagte, war in der ultramontanen und christlichsozialen Parteipresse, in den christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsblättern mit Jubiläumshymnen begrüßt worden. Vor zehn Jahren hatte der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz stattgefunden; dort war für die Bewegung das Programm und für die Organisationen die Verfassung entworfen und beschlossen worden und von dort aus datieren die christlichen Gewerkschaften ihre eigentliche Geschichte. Selbstverständlich ist man der Jubiläumstimmung entsprechend stolz auf die Erfolge, die von Mainz bis Köln errungen worden sind. Man stellt den Mitgliederbestand und die Finanzverhältnisse von 1899 mit denen von 1909 zusammen und ruft aus: Seht, welch ein Erfolg! Gewiß, die christlichen Gewerkschaften sind heute stärker als vor zehn Jahren, ihre Beiträge sind höher, ihre Rassen voller, ihre Beamten zahlreicher, ihre Verbände gefestigter, und ihre Kongresse verlaufen geordneter als damals. Wenn man das als besonderen Erfolg preisen, wenn man durchaus jubilieren will, daß man in zehn Jahren mühsamer Arbeit doch etwas gelernt und etwas erreicht hat, so kann man den Christlichen dieses bescheidene Vergnügen gönnen. Besser allerdings wäre es, wenn die Führer ihrem Gefolge bei dieser Gelegenheit auch einiges erzählten von den Erfolgen anderer Organisationen, neben denen sich die christliche Bewegung doch recht bescheiden ausnimmt, wenn sie ihnen erzählen von den Erfolgen, die man im Anfange der Bewegung erhofft hat, von den eingebildeten Erfolgen, gegen die das wirklich Erreichte fast wie ein Nichts verschwindet. Oder ist es nicht wahr, daß man in den Kinderjahren der christlichen Gewerkschaftsbewegung davon träumte, bald so stark zu sein, daß man den sozialistischen Organisationen

die Führung abnehmen und der deutschen Arbeiterklasse den Weg ins christlich-nationale Lager weisen werde? Hat man sich nicht vermessen, durch Wohlverhalten und gute Gesinnung Regierung, Parteien und Unternehmer zum Entgegenkommen zu veranlassen und dadurch die Arbeiter von der klassenkämpferischen, alles verneinenden und ewig unfruchtbaren Sozialdemokratie abzu ziehen und Staat und Gesellschaft vor dem Umsturz zu retten? Was ist von diesen „Erfolgen“ eingetroffen? Gar nichts, eher von allem das Gegenteil. Und es gehört mehr als christliche Bescheidenheit dazu, angesichts dieses Mißverhältnisses von Erhofftem und von Erreichtem noch von „Erfolgen“ zu reden.

Damit die Welt an die „Erfolge“ glaube, hatten sich die Christlichen einige „Liebe Freunde und hohe Gäste“ — wie der Vorsitzende vom Ausschuß des Gesamtverbandes, Abg. Schiffer, sich ausdrückte — verschrieben, die der christlichen Bewegung das Zeugnis guter Gesinnung und erfolgreicher Arbeit ausstellten. In einer am Sonntag, den 18. Juli, abgehaltenen öffentlichen Versammlung redeten außer dem Generalsekretär Stegerwald der ehemalige Minister Freiherr v. Verlepsch im Namen der Gesellschaft für soziale Reform und Wikar Braun im Namen des Volksvereins für das katholische Deutschland. Am ersten Verhandlungstage kamen noch zu Wort Geheimrat Wiedfeldt als Vertreter des Reichsamts des Innern, Geheimrat Trilling als Vertreter der Kölner Regierung, Weigeordner Fuchs als Vertreter der Stadt Köln, der unvermeidliche Lizentiat Weber vom Gesamtverbande der evangelischen Arbeitervereine usw. Auch an Begrüßungsschreiben von privater und behördlicher Seite fehlte es nicht, so daß sich die Christlichen über Mangel an Wohlwollen aus potenten Kreisen nicht zu beklagen brauchen. Merkwürdig nur, daß sie bei alledem nicht auf einen grünen Zweig kommen.

Der Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, den Generalsekretär Stegerwald im Namen des Ausschusses des Gesamtverbandes erstattete, ist den Lesern in seinen wesentlichsten Teilen bekannt. Beachtung verdienen die Ausführungen, die Stegerwald im Anschluß an den Bericht über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften machte. Er sagte: „Es ist klar, daß unsere Kollegen, wenn sie in das Parlament gewählt werden, im Geiste und Sinne unserer Bewegung tätig sein sollen. Aber sie werden häufig nicht durchsetzen können, was sie selbst und wir wünschen. Dann erwachen Schwierigkeiten in den Parteien selbst, in den Mehrheitsbildungen. Sind die Kollegen einzig in der eigenen Fraktion, dann kommen Schwierigkeiten mit anderen Parteien. So ist die Parlamentsarbeit der Kollegen nicht leicht. Ich würde nicht die nächsten Jahre ins Parlament nach Berlin gehen, auch nicht, wenn man 50 000 Mk. Diäten zahlen wollte. Ich habe in den letzten Wochen wirklich Abscheu vor der Politik bekommen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Dann gibt es oft in den politischen Parteien Fragen, die für die Partei außerordentlich wichtig und grundsächlich sind. Da entsteht oft die Frage, ob mein Klassenempfinden den Ausschlag zu geben hat oder höhere ideale Gründe. Und dann die Konstellationen, wo Schlechtes in Kauf genommen werden muß, um Schlechteres zu verhüten. . . Wir haben weiter zu berücksichtigen, daß wir als Arbeiterbewegung nicht die extreme Sozialdemokratie sind, wie die Sozialdemokratie sie beschult. So ergeben sich natürlich für Angehörige christlicher Gewerkschaften in den Parlamenten kritische Situationen. . . Ich habe diese schwierigen Situationen gezeichnet, um zu zeigen, daß, wenn einmal ein Kollege aus unserem Kreise anders stimmt, als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Lande zuzugibt, das noch kein Anlaß ist, zu wittern, als ob diese Kollegen ihre proletarische Vergangenheit vergessen hätten. Die christlichen Arbeiter müssen soviel Vertrauen zu ihren Führern haben, daß es durch eine solche durchsichtige Geze der Gegner nicht erschüttert werden kann.“

Stegerwald schloß seinen Bericht mit der Bemerkung, daß die christlichen Gewerkschaften sich bisher reichlich viel mit grundsächlichen Fragen beschäftigt hätten, man möge es daran genug sein lassen und sich auf dem gegenwärtigen Kongreß den praktischen Fragen zuwenden — ein Wink, der getreulich befolgt wurde, denn kein Wort fiel während der drei Verhandlungstage gegen das Zentrum, das als Urheber und Hauptteilhaber des Schnapsbloats dem arbeitenden Volke die Last von einigen hundert Millionen indirekter Steuern aufgeschuldet hat, kein Wort fiel gegen die „Arbeitervertreter“ vom Schläge der Giesberts, Schiffer, Becker usw., die sich als Handlanger des Schnapsbloats an dieser Volkspolizei beteiligt und ihre Klassengenossen auf Jahre hinaus um die Früchte ihrer gewerkschaftlichen Mühen betrogen haben. Statt dessen werden sie ermächtigt zu jeder weiteren Art von Arbeitererrat: Wenn für die Partei, der sie angehören, außerordentlich wichtige und grundsächlich Fragen in Betracht kommen, dann hat das Klassenempfinden der „Arbeitervertreter“ zu schweigen — was in dem bestimmten Fall der Reichsfinanzreform sagen will: Weil es sich darum handelte, daß das Zentrum wieder ausschlaggebende, regierende Partei würde und die Zentrumsbourgeoisie wieder an die Staatskrippe gelangte — das waren die „höheren, idealen Gründe“ im Stegerwaldschen Sinne —, deshalb mußten die sogenannten Arbeiterabgeordneten im Zentrum ihr „Klassenempfinden“ beiseite stellen und das Interesse ihrer Klassengenossen verraten. Das Parteiinteresse des Zentrums,

das Sonderinteresse der ultramontanen Bourgeoisie, wiegt schwerer als das Interesse der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes, und die Leute, die auf diesen Grundlag eingeschworen sind, nennen sich „Arbeitervertreter“.

Die sonstige Tagesordnung des Kölner Kongresses war, bis auf einen Teil, von minderer Interesse. Das Vogelssagen-Essen über die Geschichte und Bedeutung des Arbeiterschutzes, was Flug-Stuttgart über die Entwicklung und den Stand der Arbeiterversicherung redeten, ging nicht über den Wert einer für Gefellen- oder Jünglingsvereine geeigneten Rede hinaus. Das Doppelreferat Behrens-Giesberts über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung enthielt nichts, was nicht schon hinlänglich bekannt ist; die Aussprache, die sich vielfach ins Weite und Breite verlor, bewies, wie unklar und schwankend das merkwürdige Gebilde, dieses Ruddleimuddel von Organisationen und Organisationsbüchlein, ist, das sich „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ nennt. Von größerem, weil praktischem Interesse war das Referat und die Aussprache über die Reichsversicherungsordnung. Der Referent, Abg. Becker, stand der allgemeinen Tendenz der Reichsversicherungsordnung wohlwollend gegenüber, obwohl er im einzelnen sehr viel daran auszusetzen hatte. Die Diskussionsredner gingen scharfer ins Zeug. Abgesehen von besonderen Wünschen, die die Vertreter der verschiedenen Berufe für ihr engeres Gebiet äußerten, richtete sich die Kritik besonders gegen den Bürokratismus im Arbeiterversicherungswesen, gegen die Sonderstellung der Betriebskrankenkassen und gegen die beabsichtigte Beschränkung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen durch die Häufung der Beiträge und Rechte. Unter lebhaftem Beifall wandte sich Volksbureauvorsteher Dick-M. Glabach gegen diese Pläne der Regierung, der er vorwarf, daß sie verfare nach dem Grundsatz: Teile und herrsche. Die Verwaltung der Krankenkassen sollte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt werden, damit die Regierung herrschen könne. Die Arbeiter — so sagte er — haben zur Krankenversicherung nur Vertrauen, solange die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung sagt, ohne die Verteilung in den Krankenkassen ist die Neuordnung des Versicherungswesens unannehmbar, dann fällt eben das ganze Werk. In dieser Frage gibt es für uns keinen Kompromiß! Geheimrat Düttmann-Odenburg, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Odenburg und Herausgeber des „Regierungsboten“, erhält als „fachverständiger Gast“ das Wort. Er ersucht den Kongreß, nicht Prinzipien zu reiten und nicht die Vertreter der christlichen Arbeiter im Reichstag mit gebundenem Mandat auszustatten, auch nicht bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen. Wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen raten und taten, müsse das auch mit gleichen Rechten geschehen. Es muß anerkannt werden, daß der odenburgische Beschwichtigungsrat bei den Vertretern der christlichen Arbeiter kein Glück hatte. Namentlich wandten sich Jambusch-Essen und Wiber-Quisburg in der entschiedensten Weise gegen Düttmann. Wiber gar kein Gesetz als ein schlechtes Gesetz, eher mag die ganze Reichsversicherungsordnung fallen, ehe wir an unserem Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rütteln lassen — verkündeten beide unter allgemeinem und lebhaftem Beifall der Versammlung.

Der Kongreß wurde am Mittwochabend nach dreitägiger Dauer — wobei noch der Dienstag nachmittag für ein „Vormittagstasse“ — geschlossen. Selbstverständlich sei man die christliche Gewerkschaftspresse als einen neuen „Erfolg“ ihrer Bewegung aus. Für den nächsten stehen, der nicht zur Teilnahme an der christlichen Jubiläumstimmung verpflichtet ist, hat der Kölner Kongreß eine andere Bedeutung: er hat die Unhaltbarkeit einer Bewegung dargelegt, deren Führung Leuten anvertraut ist, die ihr Amt als Handlanger bürgerlicher, bolschev und arbeiterfeindlicher Parteien höher stellen als das Wohl und die Rechte ihrer Klassengenossen, die kein Bedenken tragen, ihr Klassenempfinden beiseite zu legen und Agrariern und Unternehmern, Prälaten und Advokaten zu Liebe das Hungerdasein der deutschen Arbeiterschaft zu verschärfen.

Zur Frage des Einheitstarifes im Drechslergewerbe.

Bei keiner Frage gingen die Meinungen der Delegierten zur Drechslerkonferenz 1907 wohl so weit auseinander, als bei der Frage des Einheitstarifes für Massenartikel. Schließlich wurde als Resultat dieser Verhandlungen die Zentralkommission beauftragt, die Möglichkeit einheitlicher Akkordpreise zu prüfen und gegebenenfalls dieselben zu propagieren. Zu diesem Beschlusse drängten geradezu die wirtschaftlichen Verhältnisse der Drechslerkollegen, wie die Lage im Drechslergewerbe überhaupt. Denn unter den bestehenden Lohnsystemen haben die Kollegen die traurigsten Erfahrungen machen müssen, so daß der Versuch, ein anderes System, wenn möglich unter Benützung der Tarifpolitik der Organisation zu schaffen, doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen war. Trotz dieser gewiß wichtigen Momente verwarf aber ein Teil der Delegierten den Gedanken eines Einheitstarifes als eine gewisse utopistische Auffassung, da es niemals möglich sein werde, die tausend und abertausend Massenartikel im Drechslergewerbe tariflich zu ordnen. Waren schon während dieser Konferenzverhandlung die Meinungen der Delegierten recht verschieden, so haben sich bisher mit einer einzigen Ausnahme die Sektionsleitungen usw. zu dieser Frage völlig geschwiegen — ein Beweis der über großen Schwierig-

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg (Eggers), Altwasser i. Schl. (Schmidtgen), Amberg, Berkenbrück, Bochum, Celle, Friedland in Schlefien (Friedländer Holzwarenfabrik), Fürstenwalde a. d. Spree, Gladbeck i. Westf., Glückstadt (Bräcker), Herford (Herforder Möbelfabrik), Kamen bei Dortmund, Ronitz, Leibitz in Thüringen, Magdeburg, Merseburg, Muskau, Meiß, Neuhausen i. S. (Stuhlfabrik G. E. Seifert), Nürnberg, Oeynhausen (Droste und Ottensmeier), Rathenow, St. Margarethen in Schleswig-Holstein (Npen), Pfarrkirchen (Hohenthaner), Schwenningen in Württemberg (Möbelfabrik Lauffer), Schwerin a. Warthe, Segeberg, Sensburg, Willingen in Baden, Meran in Tirol.
 - Hörtenmachern nach Stettin.
 - Kornmachern nach Gisleben (Wusch), Halle a. S. (Schmidt), Loitz, Mühlberg a. E.
 - Drehler nach Vockenheim, Halle a. S. (Schurig).
 - Polierern nach London.
 - Stellmachern nach Reinickendorf bei Berlin (Motorwagenfabrik), Hamburg-Altona.
 - Mobelfabrikanten nach Rothenburg a. Saale (Prinz Carlshütte).
 - Gestemachern nach Neuscheid-Wieringhausen (J. D. Dominikus Söhne).

keit dieser Materie. Die Zentralkommission glaubt daher, den Kollegen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation im Drehlergewerbe insofern Rechnung zu tragen, als sie die Frage der Möglichkeit eines einheitlichen Drehlertarifes nochmals zur allgemeinen Diskussion in den Versammlungen bringt.

Wie liegen nun heute die Verhältnisse im Drehlergewerbe und welche Aussichten sind vorhanden, um die Ergebnisse unseres Gewerbes wieder mehr zur Geltung zu bringen? Nach diesen Fragen ist zunächst die Möglichkeit eines Tarifes zu beurteilen, und da muß gesagt werden, daß die gegenwärtige Zeit dem Tarifgebanken äußerst ungünstig ist. Mit der modernen Stilrichtung ist eine große Unsicherheit über das gesamte Gewerbe gekommen; von Jahr zu Jahr hat man erwartet und gehofft auf eine kommende bessere Zeit. Vergebens. Jahrelang schon empfehlen die Drehlerfachschriften das alte Kunsthandwerk und in jeder Nummer derselben wird darauf hingewiesen, daß die Drehlerei sehr gut die Anpassungsfähigkeit an den bestehenden Stil der Architektur besitzt. Ungeachtet dessen aber verfolgt derselbe seine Prinzipien — die zum überwiegend großen Teil kapitalistische sind —, unbeirrt um das Wehklagen der ausgeschalteten Gewerbe, um den verlorenen Profit. Hierdurch ist eigentlich schon eine gewisse Stagnation im Drehlergewerbe eingetreten; denn die sogenannte bessere Arbeit ist aus den Werkstätten verschwunden und zum allergrößten Teil blüht heute nur noch die Massenartikelproduktion, bei welcher die Affordpreise als Folge des übergroßen Angebots von Arbeitskräften und der Benutzung von Maschinen ganz bedeutend reduziert worden sind. Da aber ein erheblicher Teil von Drehlerarbeit ausgeschaltet worden ist und sich die noch gangbare auf bestimmte, wenn auch tausende von Artikeln beschränkt, könnte man meinen, eine Grundlage errichten zu können, welche das Anfangsstadium eines Einheitstarifes bildet.

Diese Annahme dürfte sich aber als eine trügerische erweisen. Denn wie bisher, so wird auch in Zukunft das Drehlergewerbe von grundverschiedenen Veränderungen getroffen werden, welche die Erwerbsverhältnisse vollständig umgestalten können. So dürfte auch die Stilfrage für das Drehlergewerbe endgültig nicht erledigt sein. Man kann heute ohne weiteres behaupten, daß das moderne ist, bei dem der Kapitalismus seine Interessen gewahrt sieht; ist es verbräuchlich, so entsteht flugs etwas neues. Eine neue Mode wird „gemacht“ und, wie es der Zufall will, kann in der Verfolgung des kapitalistischen Prinzips auch das Warten der Drehlerhandwerker auf eine größere Berücksichtigung ihres Gewerbes erfolgreich sein. Aber jetzt bereits mit dieser Zeit, welche uns leicht möglich einen Barockstil bringen kann, zu rechnen, wäre vollständig verfehlt. Wir können uns stets nur an das Gegebene halten und dieses ist einem Einheitstarif nicht günstig. Die Stilfrage kann allerdings hierbei niemals der allein ausschlaggebende Faktor sein. Vielmehr als dieser muß die rastlos vorwärtsschreitende maschinentechnische Entwicklung beachtet werden, die bisher schon innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums imstande war, den Arbeitsprozeß des Drehlers völlig umzugestalten. Und auch in Zukunft kann derselben, deren erste Anfänge im Drehlergewerbe nicht weit zurückliegen, ein Halt nicht geboten werden, da bei aller großen Leistungsfähigkeit den einzelnen Spezialmaschinen noch immer manche Mängel anhaften. So oft eine derselben verschwindet, ebenso oft hat dies eine Rückwirkung auf den Arbeitsprozeß des Drehlers und die bisher gezahlten Affordblöhe. Da wir somit unbestritten mit der rückwärtsloseten Weiterentwicklung der Maschinen zu rechnen haben, müßte bei der Eigenart der Drehlerei bei jeder Neuerung der Grundtarif geändert werden. Und dieses liegt durchaus nicht im Interesse der Kollegen. Im Gegenteil: hierdurch würden nur noch mehr Wünsche in das Arbeitsverhältnis der Kollegen getragen und unter den Kollegen selbst würde ein solcher Tarif zum ewigen Zankapfel werden, worunter erfahrungsgemäß die Organi-

ation zu leiden hätte. Was nützt aber dann ein noch so schöngeformter Einheitstarif, wenn ein solcher in all seinen Teilen durch die Organisation nicht zu halten ist? Es müssen daher erst stabilere Zeiten im Drehlergewerbe eintreten, ehe ein solche Frage überhaupt praktisch diskutierbar ist.

Und auch der tariftechnischen Schwierigkeiten bieten sich viele, wenn auch lediglich nur dieserhalb der Tarifgedanken nicht aufgegeben werden darf. Der Zweck des Einheitstarifes soll bekanntlich sein: die Verschiedenartigkeit der Arbeitsbedingungen des Drehlers zu beheben. Diesen Zweck bereits jetzt zu verfolgen, hat trotz der ungünstigen Zeit viel für sich; mindestens aber müssen die Kollegen gehalten werden, sich damit zu beschäftigen und prophylaktische Maßnahmen zu ergreifen, damit auch die Kollegen von einem Umschwung zum Besseren Vorteile erreichen können, und nicht wieder einer jeden Neuerung im Gewerbe rat- und tatenlos zusehen. Die Zentralkommission hat sich mit der Tariffrage viel beschäftigt und ist schließlich dazu gekommen, den Kollegen folgende Zeitsätze zu empfehlen:

Erstens, der Tarif kann zurzeit nur auf Artikel beschränkt werden, die massenweise hergestellt und deren Art so bezeichnet werden kann, daß Zeichnungen hierbei überflüssig sind. Es ist schier unmöglich, und würde, praktisch angewendet, zu kostspielig werden, für jeden Artikel im Tarif eine Zeichnung beizufügen. Hieraus resultiert, daß ohne Zeichnungen einzelne Artikel schwer verständlich sind, daß zunächst nur solche Arbeiten tariflich geordnet werden können, deren Bezeichnung mit Namen möglich ist und welche einen bestimmten Begriff in bezug auf Formen und Fassons so aufweisen, daß ein Irrtum nicht möglich ist; zum Beispiel Spulen aller Art, Walzen, Kugeln usw.

Zweitens muß vor allem der Preiskalkulation eine Berechnungstabelle zugrunde gelegt werden, welche einheitliche Bestimmungen aufweisen muß, insbesondere aber jede Arbeitsteilung, wie auch jede Maschinenarbeit berücksichtigt. Diese Tabelle kann sich selbstverständlich nur auf die bereits angeordneten Artikel und solche ähnlicher Art beziehen.

Drittens ist an solchen Drehlerorten, in denen die Arbeiter ziemlich gleiche sind, wie zum Beispiel in der Stuhl-, Uhr-, Weisknöpfebranche usw., mit allem Nachdruck auf das Zustandekommen eines Spezialtarifes hinzuwirken, wie ein gleiches auch von den Kollegen an solchen Orten zu geschehen hat, in denen die Verhältnisse in bezug auf die Art der Drehlerarbeit es gestatten. Ja, an allen Orten sollten eigentlich die Kollegen ihr Bestes draussehen, um zunächst einen örtlichen Tarif aufstellen zu können.

Mit diesen Leitlinien zur Beachtung bei der Aufstellung eines Tarifes glaubt die Zentralkommission zunächst die Grundbedingungen zu einem solchen gegeben zu haben. Für die Weiterentwicklung der Frage des Einheitstarifes dürfte vor allem das Resultat maßgebend sein, das aus der Stellungnahme der Kollegen zu Vorstehendem hervorgeht und wird die Zentralkommission alsdann eventuell das weitere Material zur Förderung des Tarifgedankens veröffentlichen. Wenn auch die ganze Tariffrage fast ausschließlich eine Zukunftsarbeit der Kollegen ist, so schließt das selbstverständlich nicht aus, daß bei einigermaßen gutem Fleiß aller heute schon sehr viel brauchbares Material geschaffen werden kann. Hauptsächlich müssen aber die Kollegen jede auftauchende Neuheit in Drehler Spezialartikeln beachten und sofort im Verein mit der Zentralkommission Stellung zum Affordpreis derselben nehmen. Das war nicht der Fall bei dem Diabolspiel, das wie kein anderer Artikel geeignet war, einen Einheitsaffordpreis festzusetzen. Wenn in anderen Gewerben neue Arbeiten eingeführt werden, handeln die betreffenden Gewerksangehörigen anders als es die Drehler taten: da wird alles versucht, um hierbei mit Hilfe der Organisation möglichst einseitliche und annehmbare Verhandlungen zu erzielen. Bei nur einigermaßen guter Verbindung der Arbeiter, welche auch den Drehlerkollegen zur Verfügung stehen, dürfte denn ein ähnliches Vorgehen auch einen gewissen Erfolg versprechen. Dasselbe gilt auch für alle anderen Fragen, welche als Folge unseres neuzeitigen Wirtschaftslebens auftauchen, denen aber unsere Kollegen zum großen Teil so überaus teilnahmslos gegenüber stehen. Man kann wohl als Entschuldigend hierfür die hektische Lebenshaltung eines großen Teiles der Drehlerkollegen gelten lassen, aber solche muß dann notgedrungen für alles als berechtigt angesehen werden und das schließt dann jeden Versuch zur Verbesserung eben dieser traurigen Lebenshaltung von vornherein aus. Also mehr Teilnahme, ein größeres Interesse und noch mehr der feste Wille ist es, was zu ihrem eigenen Vorteil den Drehlerkollegen allervorst zu wünschen wäre. Dann erst läßt sich vorwärts kommen und dann erst wird die Arbeit für die Interessen der Drehler Deutschlands mit vollem Erfolg gekrönt werden.

Die Zentralkommission der Drehler Deutschlands.
J. A.: Paul Ritzing, Gaußsch b. Leipzig.

Soziales.

Der Wahlfonds der Scharfmacher.

Der Wechsel im Reichskanzleramt hat dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Dr. E. Franke, Veranlassung gegeben, die sozialpolitischen Leistungen Hilwils einer sehr wohlwollenden Kritik zu unterziehen. Auch den neuen Männern, dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär Delbrück, bringt Herr Franke, gestützt auf die Taten, die sie an ihren seitherigen Stellen vollbracht haben, ein hohes Maß von Vertrauen entgegen. Wir wollen hier nicht darüber streiten, inwiefern dieses Vertrauen begründet ist. Die sozialpolitischen Forderungen, welche von Professor Franke und seinen Freunden erhoben werden, bleiben in vielen Dingen hinter dem zurück, was von den Gewerkschaften als das Mindestmaß einer sozialpolitischen Betätigung betrachtet werden muß. Und so kann es kommen, daß man auf der einen Seite den Himmel voller Weigen hängen sieht, während man auf

der anderen Seite nichts erkennen kann; was geeignet wäre, das tief eingewurzelte Mißtrauen auch nur im geringsten abzuschwächen.

Professor Franke schießt seinen Artikel mit den Worten: „Die jetzt abgeschlossene Session hat den Massen gewaltige Lasten für die Reichskasse aufgebürdet. Darum ist es doppelt geboten, die Massen, die Arbeiter, die kaufmännischen Gehilfen, die technischen Angestellten, die Notleidenden im Mittelstande leistungsfähig zu erhalten durch Befreiung ihrer Selbsthilfe, durch Schutz ihrer Gesundheit und Arbeitskraft, durch Förderung ihrer Bildung und Steigerung ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt. Nun erst recht Sozialreform!“

Das sind recht fromme Wünsche, doch sind die Aussichten für ihre Verwirklichung sehr gering. In schönen Worten haben es die Vertreter der Reichsregierung ebensowenig fehlen lassen als die bürgerlichen Parteien, aber wenn es galt, die Worte in die Tat umzusetzen, dann fand man sich regelmäßig enttäuscht. Wie bescheiden Herr Franke ist, geht unter anderem daraus hervor, daß er dem Minister Delbrück die Durchbringung der letzten Berggesetznovelle als besonderes Verdienst anrechnet, derselben Novelle, in welcher den Wünschen der Bergherren in so ausgiebigem Maße Rechnung getragen ist, daß sie von den Bergarbeitern einstimmig abgelehnt wurde. Dem neuen Reichskanzler wird nachgerühmt, daß seine erste öffentliche Tat als Reichsminister für Sozialpolitik „die feine und kluge Begrüßungsrede an den 2. deutschen Arbeiterkongreß im Oktober 1907“ war. In dieser „feinen und klugen“ Rede hat Herr von Bethmann Hollweg der christlichen Arbeiterbewegung die Aufgabe zugewiesen, „die eisernen Grundpfeiler der Ordnung“ wieder aufzurichten, nämlich Fleiß, Gottesfurcht, Mäßigkeit und Zufriedenheit. Bei Leuten, welche die Arbeiter mit Bettelstücken abspießen möchten, mag eine solche Rede wohl Befriedigung auslösen, nicht aber bei Arbeitern, die ihr Recht verlangen. Gerade die Momente, welche den bürgerlichen Sozialpolitiker veranlassen, den Taten der neuen Männer im Reich mit hochgespannten Erwartungen entgegenzusehen, nötigen uns der Befürchtung Ausdruck zu geben, daß das Tempo der Sozialpolitik im Reich sich künftig noch weiter verlangsamten wird.

Darauf lassen auch andere Erscheinungen schließen. Sehr beachtenswert ist in dieser Beziehung der Umstand, daß die Scharfmacher sich rüsten, einen noch größeren Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen, als sie seither schon besitzen. Das wenige, das bisher zur Förderung der Sozialpolitik geschehen ist, geht den Herren schon zu weit, sie wollen sich eine eigene Vertretung im Reichstag schaffen, welche jeden sozialpolitischen Fortschritt grundsätzlich bekämpft und die Unterdrückung der Arbeiterkraft als ihre Hauptaufgabe betrachtet. Schon auf der Gründungsversammlung des Hanfabundes hat der berichtigte Scharfmacher Kirdorf aus Welsenkirchen aus seiner Feindschaft gegen die Arbeiter und gegen die Fortführung der Sozialpolitik kein Geht gemacht. Wenn er dort auch Widerspruch gefunden hat, so hat das doch nicht gehindert, daß er neben anderen hervorragenden Stützen des Zentralverbandes des Industriellen in die Leitung des Bundes berufen wurde. Der ausgesprochene Zweck des Hanfabundes soll es sein, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Dem Zentralverband deutscher Industrieller genügt das aber nicht, er wünscht eine noch stärkere Vertretung seiner Sonderzwecke und deshalb erläßt er jetzt schon einen Aufruf zur Sammlung eines Wahlfonds. In diesem Aufruf heißt es:

„Das Direktorium hat in seiner am 16. und 17. September 1908 in Heidelberg abgehaltenen Sitzung beschlossen, der Industrie die Anwendung eines Verfahrens zu empfehlen, das zwar auch nicht volle Abhilfe verbürgen kann, jedoch zur Erreichung von Erfolgen bei den Wahlen von jeher angewendet worden ist. Dieses Verfahren ist die Sammlung von Geldern und deren Verwendung bei den Wahlen. Solange politische Wahlen vollzogen werden, ist die Ansammlung eines möglichst großen Wahlfonds eine der hervorragendsten Sorgen der Parteien und ihrer Führer. Damit ist erwiesen, daß mit Geld auf den Ausschlag der Wahlen eingewirkt werden kann, ferner daß die Sammlung und Verwendung von Geld zu Wahlzwecken als notwendig und als legal betrachtet wird. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß das Geld ausschließlich in erlaubter und lothaler Weise zur Verwendung gelangt. Das Direktorium hat daher, wie bereits bemerkt, schon im vergangenen Jahre den Beschluß gefaßt, die dem Zentralverband angeschlossenen Industriellen aufzufordern, einen möglichst großen Wahlfonds zu bilden. Er soll dazu dienen, ohne Anfechtung der politischen Partei, der sie angehören, diejenigen Wahlkandidaten zu unterstützen, von denen angenommen werden kann, daß sie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen, besonders in allen die Arbeiter betreffenden Fragen die Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen und Beschlüssen im Zentralverbande übereinstimmen.“

Man wird auch in Arbeiterkreisen diesen Aufruf die notwendige Bedeutung beimessen müssen. Die Herren vom Zentralverband verfügen über so große Geldsäcke, daß es ihnen nicht schwer fallen wird, einen großen Fonds aufzubringen, mit dessen Hilfe sie sich ihre Kreaturen kaufen können. Ihr Ziel ist nicht nur die Hemmung des sozialpolitischen Fortschrittes und die Degradierung der Arbeiter zu willenlosen Parasiten; in wirtschaftlicher Beziehung sind die Männer vom Zentralverband erregte Schutzöllner und die Verwirklichung ihrer Pläne in dieser Beziehung würde eine weitere Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter zur Folge haben.

Die seitherigen Erfahrungen berechtigen nicht zu der Hoffnung, daß die Regierung den Wünschen der Scharfmacher gegenüber sich besonders rückgratfest zeigen wird. Im Gegenteil, es spricht manches dafür, daß sich seit der Zeit, wo der damalige Staatssekretär v. Bötticher den Industriellen erklärte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie,“ in dem Verhältnis zwischen Regierung und Scharfmachern wenig geändert hat. Um so notwendiger ist es, daß wir mit allen Mitteln bestrebt sind, ein weiteres Anwachsen des Einflusses der Scharfmacher auf die Gesetzgebung zu verhindern und das Gewicht der Arbeiterstimmen in ausreichendem Maße zur Geltung zu bringen.

Die Steuerreform und die christlichen Gewerkschaften. Der unter der tätigen Mitwirkung des Zentrums zustande gekommene Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes, der euphemistisch als Steuerreform bezeichnet wird, macht den Führern der christlichen Gewerkschaften erhebliches Unbehagen. Als getreue Bannerträger des Zentrums dürfen sie es nicht wagen, gegen diese Partei aufzumachen, während sie als Vertreter von Arbeitern eigentlich die Pflicht hätten, auf die ungeheure Schädigung hinzuweisen, welche der Arbeiterschaft durch die Steuererhöhung zugefügt wird. Die Organe der christlichen Gewerkschaften suchen sich aus der Verlegenheit zu ziehen, indem sie den neuesten Steuerraubzug einfach ignorieren. Der christliche „Holzarbeiter“ begründet in seiner letzten Nummer sein Schweigen mit parteipolitischer Neutralität. Die christlichen Gewerkschaften, erklärt er, opponieren nicht gegen die Zentrumspolitik, sie befürworten sie auch nicht. Sie opponieren auch nicht gegen die Politik der dem Zentrum gegenüberstehenden Parteien. — Das ist ganz richtig, trifft aber nur auf den vorliegenden Fall zu, wo das Zentrum eine Tat begangen hat, die vom Arbeiterstandpunkt beim besten Willen nicht verteidigt werden kann. Bei anderen politischen Fragen übt die christliche Gewerkschaftspresse diese Zurückhaltung gewöhnlich nicht.

Vielleicht wird auch in der Frage der Steuerreform den christlichen Gewerkschaftsführern noch die Zunge gelöst, wenn sie erst die nötigen Anweisungen aus M.-Gladbach besitzen. Die dortige christliche Zentrale gibt sich alle Mühe, den ihnen nahestehenden Arbeitervertretern das nötige Verständnis für die arbeiterfeindliche Zentrumspolitik beizubringen. Davon zeugt das nachfolgende Einladungsschreiben:

Westdeutsche Arbeiterzeitung
G. m. b. H. M.-Gladbach.

Dr. O. Müller, Direktor.

Sehr geehrter Herr Arbeitersekretär.

Wie Sie vielleicht erfahren haben werden, findet auf Anregung einer Konferenz der Arbeitersekretäre der Erzdiözese Köln Montag, den 19. Juli, morgens 9 Uhr, im Annahaus zu Köln eine Konferenz der kathol. Arbeiter-Sekretäre Westdeutschlands statt zwecks Aussprache über die gegenwärtige politische Lage. Es sollen auf dieser Konferenz den Arbeitersekretären Anweisungen und Winke gegeben werden, wie sie die Agitation der Sozialdemokratie, die jetzt nach Erledigung der Reichsfinanzreform in 3. Lesung gegen das Zentrum voranschreiten, einsehen wird, erfolgreich abzuwehren. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Ueberblick über die gegenwärtige durch die dritte Lesung erledigte Reichsfinanzreform und die Geschichte ihres Zustandekommens. — Referent: Medatteur Jooß.

2. Welche Beweggründe haben das Zentrum in seiner Stellungnahme zur Reichsfinanzreform beeinflusst? — Referent: Abgeordneter Giesberts.

Ich bitte Sie, mit Ihrem Herrn Begleitpärchen ebenfalls von der Tagung Mitteilung gemacht zu haben, falls Sie die Möglichkeit haben, an der Tagung teilzunehmen. Es empfiehlt sich die Reise um so mehr, als ja zu derselben Zeit auch der Gewerkschafts-Kongreß in Köln tagt.

Mit freundlichem Grusse
Dr. O. Müller, Diözesanpräses.

Offentlich wird ein solcher Informationskursus auch für die christlichen Gewerkschaftsredakteure veranstaltet. Denn sehr angenehm kann es diesen doch nicht sein, in einer für die Arbeiter so hochwichtigen Angelegenheit schweigen zu müssen. Auch sie müssen doch das dringende Bedürfnis fühlen, die Agitation der Sozialdemokraten abzuwehren, die darauf hinarbeiten können, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Reichstag den Raubzug auf die Taschen der Arbeiter mitgemacht haben. Oder können auch die christlichen Gewerkschaftsorgane für das Verhalten ihrer Führer trotz allen Bemühens keine Entschuldigung finden?

Der Arbeiter-Samariterbund erklärt gegenwärtig in Gestalt eines Flugblatts, welches er zur Verbreitung bringt, einen Aufruf zur Gründung von Arbeiter-Samariterkolonnen. Als seinen Zweck bezeichnet der Arbeiter-Samariterbund: „Arbeiter und Arbeiterinnen heranzubilden in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlich auftretenden Erkrankungen; ferner die Arbeiterschaft aufzuklären, wie Unglücksfälle vermieden werden.“ Zu von ihm veranstalteten Kursen zur Ausbildung der Mitglieder werden diese von Ärzten unterrichtet außer über den Bau des menschlichen Körpers, über die Tätigkeit dessen Organe und des Nervensystems, hauptsächlich in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen. Mit dem Unterricht verbunden sind praktische Übungen über das Verhalten des Samariters bei Verletzungen aller Art, bei plötzlichen Erkrankungen, beim Transport Verunglückter und Kranker usw. In dem Flugblatt wird darauf hingewiesen, daß wohl auch bürgerliche Samariterkolonnen schon viel Gutes geleistet haben, schon oft ist es aber vorgekommen, daß Arbeiter aus solchen Kolonnen ihrer politischen Gesinnung wegen ausgeschlossen wurden. Deshalb ist man in verschiedenen Städten dazu übergegangen, selbständige Arbeiter-Samariterkolonnen zu bilden. — Nähere Auskunft erteilt der Vorsitzende des Arbeiter-Samariterbundes, G. Stein, Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 40.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Zu den im nächsten Winterhalbjahr stattfindenden, von der Generalkommission veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskursen in Berlin sollen wieder je vier Teilnehmer durch den Verband delegiert werden. In erster Linie kommen hierfür die angestellten Beamten des Verbandes, das heißt die Gauvorsteher und Sozialbeamten in Betracht, doch können auch unbesoldete Funktionäre und sonstige Mitglieder des Verbandes zu den Unterrichtskursen delegiert werden. Es finden drei Kurse statt, der erste beginnt am 25. Oktober dieses Jahres, der zweite Mitte Januar und der dritte Anfang März 1910; jeder Kursus dauert sechs Wochen. Der Verband gewährt die Reisekosten für Hin- und Rückfahrt, sowie einen Zuschuß zu den Aufenthaltskosten in Berlin. Diesbezügliche Anträge sind mit einem schriftlichen Gesuch des Antragstellers baldigst durch die Zahlstellenverwaltung resp. den Gauvorstand an den Verbandsvorstand einzureichen, wobei anzugeben ist, für welchen Kursus die Meldung bestimmt sein soll.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 41305 Anton Reiners, Tischler, geb. 14. 2. 78 zu Bremen.
- 200573 Emil Buchs, Tischler, geb. 16. 8. 56 zu Beuthen.
- 212221 Max Schuffenhauer, Drechsler, geb. 23. 4. 85 zu Freiberg.
- 227282 Hermann Roedel, Stellmacher, geb. 16. 11. 56 zu Neukirch.
- 229713 Rudolf Marggraf, Tischler, geb. 15. 3. 85 zu Berlin.
- 285878 Wilhelm Schröder, Hilfsarbeiter, geb. 27. 10. 87 zu Bremen.
- 311230 Max Weber, Tischler, geb. 2. 1. 72 zu Berlin.
- 316571 Martin Girsch, Tischler, geb. 25. 3. 91 zu Pooschdorf.
- 401155 Kurt Bräutigam, Knopfmacher, geb. 20. 10. 91 zu Schmölln.
- 435847 Max Haase, Tischler, geb. 5. 11. 75 zu Magdeburg.
- 440027 Clemens Egier, Mühlenbauer, geb. 26. 1. 86 zu Albrechtweiler.
- 448578 Karl Häusgen, Tischler, geb. 13. 4. 92 zu Lehstedt.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Stellmacher.) Wie nützen wir am wirksamsten die gegenwärtige günstige Konjunktur in der Automobilbranche aus? Ueber diese Frage verhandelte eine am 25. Juli tagende, zahlreich besuchte öffentliche Versammlung. Der Referent, Kollege Siebel, gab in seinem Referat einen kurzen Ueberblick über die bisherige Entwicklung im Berliner Automobilkarosseriebau. Als im Jahre 1905 ein Akkordtarif mit den Luxuswagenfabriken vereinbart wurde, war von einer Automobilindustrie kaum die Rede, so daß die Preisregulierung sich nur auf Pferdegeschirre bezog. Erst das Jahr 1908 zeitigte eine außerordentliche Belebung auf dem Automobilmarkt. Es fanden damals an 300 Berliner Stellmacher auf diesem neuen Artikel plötzlich einigermaßen lehnende Beschäftigung. 5 neue Betriebe, die in wenigen Wochen entstanden, beschäftigten allein 93 Kollegen. Da nun aber die Produktion der Karosserien sich rasch zu vergrößern begann, so mußte die Zahl der Beschäftigten von insgesamt 27 auf 93. Mit einer Schmelzleistung, die selbst die eingeweihtesten Kreise überraschte, trat jedoch Mitte 1907 ein plötzlicher Rückschlag in der Produktion ein. Eine Anzahl neuer Fabriken mußten ihren Betrieb einstellen und an 200 Kollegen wurden brotlos. Die Ursachen dieser Erscheinung, die fast ausschließlich den Bau von Automobilbrotschäften betrafte, sind zum Teil in der allgemeinen Krise zu suchen; die größte Schuld liegt aber in der wilden Konkurrenz, die den Markt böslich mit minderwertigem Material übersättigte, wodurch das Fuhrgewerbe infolge der sich bald einstellenden hohen Reparaturkosten durchaus unrentabel wurde. In wenigen Wochen kamen mehr als die Hälfte der Automobilbrotschäfte (400 Stück) unter gerichtlichen Siegel. Es waren dies fast ausschließlich ausländische Fabrikkate, die in der Folgezeit infolge ihrer Minderwertigkeit völlig im Fuhrwesen verdrängt wurden. „Alder“, „Opel“ und „M. H. G.“-Droschken nehmen nunmehr neben den elektrischen „Wedag“-Droschken den weitaus größten Bestandteil dieser Motorfahrzeuge ein. Damit ist eine gewisse Solidität im Automobilbrotschäftengewerbe eingetreten, wodurch die seit einigen Monaten eingetretene günstige Konjunktur jedenfalls von längerer Dauer sein dürfte. Daß es nahe liegt, diesen Zustand zu unseren Gunsten auszunützen, bewies die größere Zahl der Versammlungsteilnehmer, obwohl leider die Kollegen der größten Betriebe von Mühe (Zuh. W. Reuschner), Hof. Neuß (Zuh. C. Truh) und Erdmann u. Rossi in ihrer größeren Mehrzahl fernblieben. Daß gerade in diesen Betrieben die Kollegen mehr Rücksicht zeigen, gebietet allein schon die Tätigkeit ihrer Arbeitgeber als Hauptkarschmacher im „Arbeitgeber-Schutzverband“ für das Wagenbaugewerbe. Ueberhaupt hat es diese immer mehr an Ausdehnung gewinnende Organisation verstanden, die verfloßene Zeit des wirtschaftlichen Niederganges im ergebigen Maße zugunsten der Arbeitgeber auszunützen. Bei einer kommenden Bewegung gilt es daher, nicht abermals besondere Vergünstigungen für die Berliner Kollegen zu schaffen, sondern nur das in den letzten zwei Jahren verloren gegangene wieder zu erlangen. Dies erfordert aber doppelt und dreifache Organisationsfähigkeit der Kollegen, zumal der Entwicklungsgang in der Fabrikationsmethode noch ein sehr unflaxer und schwankender ist. — In der äußerst lebhaften Debatte wurde dies allseitig bestätigt

und auch zahlreiche Praktiken auf dem Gebiete der Unternehmerrückgrat herabgehoben. Insbesondere ist es die Firma Max Gröndler, die selbst 21 Stellmacher beschäftigt, daneben aber Karosserien, die sie selbst zur Anfertigung übernimmt, an 8 Kleinmeister vergibt. Es ist dies eine ganz neuartige Erscheinung in unserem Gewerbe, die nahezu an das System der Heimarbeit grenzt. Natürlich kann eine derartige Produktionsmethode nur auf Kosten unserer Kollegen geschehen. Eine weitere Schädigung unserer Interessen ist noch die große Heranziehung fremder Arbeitskräfte nach Berlin. In vielen Fällen wurde festgestellt, daß man zugereichten Kollegen nur zwei Drittel oder gar die Hälfte des vereinbarten Minimallohnes zahlt. Mit Recht wurde von einem kürzlich zugereichten Kollegen darauf hingewiesen, daß ein großer Teil Stellmacherwerkstätten kaum mit einem Schweinefett zu vergleichen seien. Dazu kommt noch das überaus brüske Benehmen so mancher kleiner und großer Scharfmacher. Also alles Gründe, die für eine Arbeitsannahme nach Berlin äußerste Vorsicht gebieten. Wir raten daher, bei jedem Arbeitsangebot von Berlin sich vorher bei der Ortsverwaltung aufs genaueste zu erkundigen. Dann wird es desto eher möglich sein, die durch den Arbeitgeber-Schutzverband genährte Unternehmerrückgrat in Wälde zu brechen.

Dresden. (Maschinenarbeiter.) Am 9. März war beschlossen worden, eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenarbeiter in Dresden aufzunehmen. Das Ergebnis dieser Aufnahme wurde der am 13. Juli stattgefundenen Branchenversammlung vorgelegt. Es zeigte sich, daß nur in solchen Betrieben, wo die Maschinenarbeiter und Tischler mit den Unternehmen einen gemeinsamen Tarif abgeschlossen haben, die Löhne und Arbeitszeit als einigermaßen erträglich bezeichnet werden können, während in den Betrieben, wo das nicht der Fall ist, die Löhne bedeutend niedriger, und die Arbeitszeit bedeutend länger ist. In diesen letzteren Betrieben liegen die Dinge so, daß die Tischler im Akkord arbeiten und einen annehmbaren Lohn erzielen, während die Maschinenarbeiter mit niedrigen Stundenlöhnen abgepeißt werden. Das trifft hauptsächlich auf die Klavier- und Sargfabriken sowie auf Spezialbranchen wie gebogene Schemel usw. zu. Hieraus ist wohl zu ersehen, daß die Ansicht, die Interessen der Maschinenarbeiter seien mit denen der Tischler eng verknüpft, eine irrige ist. — Zur Aufnahme der Statistik war eine Kommission gewählt worden, deren Mitglieder die Pflicht hatten, die Fragebogen den einzelnen Betriebsdelegierten persönlich zuzustellen und persönlich wieder abzuholen. Die beteiligten Kollegen haben sich dieser Mühe bereitwillig unterzogen, wodurch erreicht wurde, daß alle Fragebogen bis auf zwei wieder in die Hände der Sektionsleitung gelangten, während man bei früheren Versuchen, wo die Delegierten die Fragebogen einzusenden hatten, kaum die Hälfte derselben hereinbekam. In den 44 Betrieben, welche die Statistik umfaßt, sind 306 Kollegen beschäftigt, wovon 252 im Deutschen Holzarbeiterverband, 14 in anderen Verbänden, 30 aber unorganisiert sind. Die Arbeitszeit beträgt in zwei Betrieben 51, in 20 Betrieben 52 Stunden. In den übrigen schwankt sie von 53 bis 64 Stunden. Es wird vorwiegend in Lohn gearbeitet; die gezahlten Stundenlöhne bewegen sich von 30 bis 62 Pf. In den Bau- und Möbeltischlereien beträgt der tarifliche Stundenlohn 53 Pf., denselben erhalten jedoch nur 41 Kollegen, höher werden 19 Kollegen entlohnt, so daß ein Durchschnittslohn von 43 Pf. pro Stunde herauskommt. Infolge der Krise wurde auch in der Hälfte der besagten Betriebe, zum Teil erheblich, verkürzt gearbeitet. Schutzvorrichtungen waren in fast allen Betrieben vorhanden, jedoch sehr oft in nicht gebrauchsfähigem Zustande. Dagegen waren Entstaubungsanlagen nur in 16 Betrieben vorhanden, davon sind einige nur teilweise in Betrieb. Die runde Messerwelle war in 20 Betrieben eingebaut, teilweise werden Holzspindel verwendet. In den 306 Kollegen haben seit 1. Oktober 1907 2 einen Unfall erlitten; in drei Fällen wurde eine Unfallrente gewährt. In der Diskussion beschäftigten sich die Kollegen hauptsächlich mit den sanitären und hygienischen Einrichtungen sowie mit der Gewerbeinspektion. Es wurde gewünscht, daß die Betriebe mehr als bisher revidiert würden, die Forderung nach Entstaubungsanlagen soll energisch erhoben werden. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, daß alle Mißstände in den Betrieben schriftlich der Sektionsleitung zu melden sind, damit selbige Schritte unternehme, um die Mißstände zu beseitigen. Auch wurde angeregt, die Sektionsleitung solle sich mit den süddeutschen Sektionen in Verbindung setzen, um eventuell Material auszutauschen, und so den Boden für eine allgemeine Statistik über das Reich zu ebnen. Daß diese Statistik notwendig ist, beweisen die Abhandlungen über die Verichte der süddeutschen Holzberufsgenossenschaften in den letzten Nummern der „Holzarbeiterzeitung“. Daraus ist zu ersehen, daß es noch sehr wünschenswert ist, daß der Arbeiterschutz in unserem gefährlichen Berufe. Die Maschinenarbeiter müssen sich endlich aufraffen und ihre Interessen mehr als bisher vertreten. Es kann uns wahrlich wenig nützen, wenn die schönsten Schutzvorrichtungen, Exhaustoren usw. beim Produzenten liegen, während wir in staubigen, dunstigen Arbeitsräumen unsere Gesundheit aufs Spiel setzen. Wir fordern die Kollegen allerorts auf, in eine kräftige Bewegung einzutreten, um unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, damit wir des Schutzes, welcher nach dem Stande der Technik möglich ist, bei unserer gefährlichen Arbeit zuteil werden.

Düsseldorf. Schon seit dem Jahre 1898 existiert hier nominell der Neunfundentag. Das berechtigt aber nicht zu der Annahme, daß heute nach elf Jahren ein Arbeitstag, der regelmäßig länger als neun Stunden beträgt, unbekannt ist. Fortgesetzt hat die Organisation mit einzelnen Praktiken um die vermeintlich längere Arbeitszeit einen Kampf zu führen. Als leuchtendes Vorbild betrachten die rückständigen Unternehmer den sattsam bekannten Oberkarschmacher Siebel, der trotz des von ihm unterzeichneten Vertrages immer noch das Vorrecht für sich in Anspruch nimmt, 10 Stunden arbeiten zu lassen. Nach der Aussperrung im Jahre 1905 drangen die Meister auf den Abschluß eines Kollektivvertrages. Man stellte damals fest, daß ein durchschnittlicher Stundenlohn von 50 Pf.

existierte, der bei den Verhandlungen als Grundlage genommen wurde. Nach den damals vertraglich festgelegten Aufbesserungen müßte jetzt ein Stundenlohn von 55 Pf. vorhanden sein; in Wirklichkeit erfreut sich dessen aber nur ein kleiner Teil der Kollegenschaft. Die meisten sind schlechter entlohnt, bis herunter zu 25 Pf. pro Stunde, ein Preis, unter dem in Düsseldorf die allerwenigsten ungelerten Handlanger und Hausknechte arbeiten. Um der Einwendung, daß in Düsseldorf meist im Afford gearbeitet wird, vorzubeugen, sei gleich darauf verwiesen, daß dadurch die gewöhnliche Höhe des Verdienstes um nichts gesteigert wird. Die Affordpreise sind derart niedrig bemessen (unter voller Berücksichtigung der Maschinenarbeit), wie vor 10-15 Jahren bei den damals bedeutend billigeren Lebensbedingungen. In vielen Betrieben, namentlich in Bauwerkstätten, werden die damaligen Preise jetzt nicht mehr in Anschlag gebracht. Lediglich aus der übermäßigen Steigerung der Intensität der Arbeit durch Verlängerung des Arbeitstages pressen die Unternehmer ihren Profit heraus. Sonstige vorteilhafte Methoden im Produktionsprozeß, die gemeint wären, das Gewerbe zu heben, finden bei ihnen keine Einföhrung; sie prallen an dem verhärteten Widerstand der Junktmeister, die dergleichen als überflüssigen Luxus ansehen, einfach ab. Die vertraglich neunstündige Arbeitszeit dient nur als Aushängeschild, um nach außen über die schändlichen Zustände hinwegzutäuschen. Das Überstundenwesen ganz oder ohne nennenswerten Zuschlag hat längst krankhafte Züge angenommen. Nur ein schwaches Bild davon geben die Angaben in der jüngst vom Verbandsvorstand herausgegebenen Broschüre: „Arbeitszeit und Löhne“, wonach die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit im Jahre 1902 56,2, dagegen im Jahre 1906 58,4 Stunden betrug. Abgesehen davon, daß das Verhältnis sich in den verfloßenen drei Jahren noch verschlechtert hat, sind die Überstunden, die das entscheidende Merkmal eigentlich bilden, nicht mit in Erwägung gezogen. Was hier vom Lohn und der Arbeitszeit gesagt ist, läßt sich im gleichen Sinne getreulich auf die nebensächlichen Arbeitsverhältnisse voll und ganz übertragen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß es hier eine Zeit gegeben hat, Ende der neunziger Jahre, auch noch Anfangs des neuen Jahrhunderts, wo es unseren Kollegen nicht an der Möglichkeit gemangelt hat, bei günstiger Arbeitsgelegenheit den damaligen Verhältnissen entsprechend einen Groschen zu verdienen. Das ist für manchen Kollegen, der die Periode mit erlebt, zurzeit aber nicht mehr ortsanfällig ist, besonders wenn das Schicksal ihm außergewöhnlich ungünstig mitgespielt, zweifelsohne die Triebfeder, seine Schritte wieder nach Düsseldorf zu lenken. In letzter Zeit sind verschiedene solcher Kollegen nach hier gekommen. Allerdings haben die Betroffenen bittere Enttäuschung erfahren. Es kann allen Kollegen, die sich mit gleichen Gedanken beschäftigen, vorzugsweise auch den jüngeren, die die am vielbesungener Rhein belegene Stadt Düsseldorf, wenn auch etwa nur vorübergehend, für einige Wochen oder Monate als Aufenthaltsort wählen wollen, nur dringend geraten werden, ihre Pläne noch rechtzeitig einer Revision zu unterziehen. Insbesondere aber möge hiermit mit allem Nachdruck ein Appell an alle hiesigen Kollegen erschallen, daß sich jeder der beschämend schlechten wirtschaftlichen Lage, in der er selbst sowie die gesamte Holzarbeiterchaft steckt, bewußt wird. Allein es darf nicht verschwiegen werden: ein großer Teil der Schuld ist auf das Konto der Kollegenschaft zu buchen. Nur durch ihre strafliche Gleichgültigkeit war es dem Unternehmertum möglich, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter mit brutaler Rücksichtslosigkeit zu verletzen, das Gewerbe durch Junktmeieren und Schmutzkonkurrenz zu schänden. Mag man der wirtschaftlichen Krise noch so große Bedeutung beimessen, das eine steht fest: nach der jetzigen Baukonjunktur zu urteilen, die gemäß den behördlichen Bekanntmachungen weit über hundert Prozent gegenüber dem Vorjahre gestiegen, ist die größte Schwierigkeit überwunden. Es wäre daher unverschämlich dumm gehandelt von jedem Kollegen, die Gelegenheit vorbeizugehen zu lassen, ohne die vertraglich zugestandenen geringen Rechte geltend zu machen. Es ist heiligste Pflicht der Kollegen, endlich ihr Interesse der Organisation, der allgemeinen Sache zu widmen, endlich in allem Ernste an die noch nicht zur Einsicht gelangten unorganisierten Mitarbeiter heranzutreten, sie für den Verband zu gewinnen und endlich aus aller Befangenheit herauszutreten und menschenwürdige Bezahlung für ihre Arbeitskraft zu verlangen, um für sich und die Seinen zeitgemäßes Dasein erlangen zu können!

Hamburg. (Modelistischer.) Der immer mehr und mehr zunehmende Zuzug auswärtiger Kollegen macht es uns zur Pflicht, die Kollegen allerorts auf die hiesigen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Schwerer liegt die Krise auf der Schiffbauindustrie; nicht nur, daß kaum ein größeres Handelschiff hier im Bau ist, sind auch die Schiffsreparaturen infolge Stöckung des überseeischen Handels und des dadurch bedingten Stillstehens zahlreicher Handelschiffe stark zurückgegangen. Und vom Kriegsschiffbau ist auch keine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes für Modellistischer zu erwarten, da bei der Gleichartigkeit der Schiffe die Modelle des einen für das andere Schiff verwendet werden. Dazu kommt, daß infolge von Vergrößerungen und Neuanlagen von Werften der Profit der Unternehmer beileibe nicht leiden darf, nein, der verhärtete Konkurrenzkampf soll auf dem Rücken der Arbeiter durch Reduzierung der Löhne und Affordpreise und gesteigerte Intensität der Arbeitskraft ausgefochten werden. Ist es doch Tatsache, daß unseren Kollegen auf der Vulkanstraße ein blanker Lohn von 45 Pf. geboten wird. (Der DurchschnittsStundenlohn der Tischler in Hamburg beträgt 64 Pf.) Aber auch andere Werften sind fortgesetzt dabei, den Verdienst unserer Kollegen zu schmälern. So wurde bei Blohm u. Wöhl in der letzten Zeit fortgesetzt versucht, den Affordverdienst zu drücken und 5 Kollegen haben bereits die Arbeit niedergelegt, um sich dieser Maßnahmen zu erwehren. Nicht besser steht es mit den nichtwertmäßigen, den sogenannten Landbetrieben. Einesteils durch die Krise im Schiffbau, weil von diesem abhängig, andererseits durch die allgemeine Wirtschaftskrise schwer in Mitleidenschaft gezogen, ist auch dort die Zahl der beschäftigten Modellistischer zurückgegangen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in diesen Betrieben teilweise miserabel. Aus allen dem können die Kollegen ersehen, daß es

nicht ratsam ist, nach Hamburg zu gehen. Daß die hiesigen Kollegen unter den obwaltenden Umständen keinen leichten Stand haben, wird erst recht klar, wenn wir daran erinnern, daß Hamburg ein Scharfmachertum in der Schiffs- und Metallindustrie hat, auf das alle anderen großen und kleinen Scharfmacher mit Hochachtung blicken. Wir brauchen wohl nicht näher auf den Zweck des Arbeitsnachweises der hiesigen Scharfmacher hinzuweisen. Mancher unserer Kollegen hat die „segensreiche“ Tätigkeit dieses Maßregelungsbureaus zu spüren bekommen. Wie die Unternehmer getroffene Abmachungen zwischen den beiderseitigen Organisationen zur Durchführung bringen, dafür ein Probchen: Als Ausgleich für den Lohnausfall durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden ab 1. Oktober 1907 wurde in den Verhandlungen vom 4. Mai 1907 protokolllarisch festgelegt, daß unter anderem auf alle über 40 Pf. betragenden Löhne ein Zuschlag von 4 Pf. gezahlt werden soll. Vor jenem 1. Oktober war ein Einstellungslohn von 42 Pf. fast allgemein. Man sollte nun meinen, daß 46 Pf. allgemeiner Einstellungslohn sei. Unsere Unternehmer haben es jedoch verstanden, mit Hilfe einer raffinierten Auslegung jener Bestimmung die Einstellungslohne auf 44, 42, ja 40 Pf., herunterzubringen mit dem Hinweis, daß ja im Afford ein höherer Verdienst erzielt wird. Dieser Affordverdienst hängt aber von der Höhe des Einstellungsverdienstes ab. Wühin bedeutet das ganze Manöver eine Reduzierung des Verdienstes! Kollegen! Unendlich schwieriger gestaltet sich unser Kampf gegen Verschlechterung bestehender Arbeitsbedingungen, wenn der Zustrom auswärtiger Kollegen ein großer ist. Wir müssen von jedem zugereisten Kollegen verlangen, daß er sich bei der Ortsverwaltung oder der Sektionsleitung über die hiesigen Verhältnisse orientiert.

Koburg. „Die Lage der Holzarbeiter und ihre wirtschaftliche Besserstellung“, lautete das Thema in der vom christlichen Holzarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlung. Als Redner hatte man sich Herrn Erising von Frankfurt verschrieben. Da wir hier die denkbar traurigsten Verhältnisse haben, wollten auch wir aus dem Munde dieses Christen vernehmen, wie er sich die Verbesserung unserer Lage hier dachte. Wir sollten jedoch schwer enttäuscht werden. Eingang seines Referates betonte der Redner zwar, daß fünf Mark Tagelohn für Koburg nicht zu viel sei für einen verheirateten Arbeiter. Er vertieg sich jedoch zuletzt zu dem bezeichnenden Ausspruch: „Wir verwerfen den prinzipiellen Kampf gegen die Unternehmer!“ Wahrscheinlich, echt christlich. Und solche Organisation glaubt von Klassenbewußten Kollegen ernst genommen zu werden. In der Diskussion nahm der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle das Wort. Trotzdem die Christen vorher öffentlich erklärt hatten, freie Redezeit zu gewähren, wollte man ihn nur 10 Minuten sprechen lassen. Die Versammlung, die zum größten Teil von unseren Kollegen besucht war, protestierte dagegen, und schließlich wurde unserem Kollegen ¼ Stunde Redezeit zugestanden. Unter dem Beifall der Versammlung beleuchtete er das Gebaren der Christlichen und ihre Unfähigkeit, ernstlich um Verbesserung zu kämpfen, wofür schon der Umstand spreche, daß nur zirkel sechs christlich denkende Kollegen erschienen waren, während selbst die in ihrer Hochburg Beschäftigten fehlten. Eine eingebrachte Resolution, die besagte, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden ist und als maßgebenden Faktor zur Erringung besserer Verhältnisse nur der Deutsche Holzarbeiterverband anzusehen sei, wurde unter stürmischem Beifall mit übergroßer Majorität angenommen. Die Christlichen hatten also eine vollständige Niederlage erlitten. Die Zeiten sind zu ernst, als daß man den gerade in Koburg schlecht gestellten Kollegen noch mit christlichen Überbitten die Köpfe verdunkeln will. Aber auch unseren Kollegen rufen wir zu, seid auf der Hut, bejagt besser als bisher die Versammlungen, damit auch ihr Teil davon an eurer wirtschaftlichen Besserung zu haben. Es ist ein sehr bedauerliches Versehen, daß die Kollegen, die sich nicht nur einer Kritik, sondern einer bringenden Hilfe bedürfen. Das kann aber nur geschehen, wenn Mann für Mann ständig die Versammlung besucht. Also vorwärts zu neuer Arbeit. — Arbeitsuchende Kollegen wollen sich, um Enttäuschungen zu entgehen, erst beim Kollegen W. Gesse, Gartenstraße 11, Erdungung holen.

Deunhausen. Unter den hiesigen Kollegen hat eine unglaubliche Gleichgültigkeit Platz gegriffen, sind doch die Versammlungen oft nur von 15 Mitgliedern besucht bei 210 Organisierten. Kollegen, rafft Euch doch endlich auf, zeigt, daß Ihr bestrebt seid, eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Die Mitgliederversammlungen sind dazu da, daß man sich dort ausspricht, aber nicht in den Klümmvereinen. In der letzten Versammlung legte Kollege Brand seinen Posten als Bevollmächtigter nieder. Es wurde Kollege Waser gewählt. Kollegen, tue jeder seine Pflicht, denn wir gehen schweren Zeiten entgegen. **Zeitz.** Die bekannte Werkzeugfabrik Kneifel beschäftigt zurzeit zirka 60 Arbeiter. In dieser Fabrik herrschen immer noch ganz mittelalterliche Zustände. Schon vor langen Jahren trug man sich mit dem Gedanken eines Neubaus. Es wurde jedoch immer und immer wieder an dem alten Gemäuer herumgeschickelt. Unter solchen Umständen sind geradezu haarsträubende Verhältnisse vorhanden. An eine Ventilation ist nicht zu denken. Der Maschinenraum ist von Arbeitsaal nur durch eine mehrfache durchbrochene Mauer getrennt, ja einige Maschinen stehen direkt neben den Hobelbänken. So kommt es, daß der Staub und Dreck nur so in dem Arbeitsraum herumwirbelt. Etwaigen revidierenden Beamten erzählt man naiv, daß der Staub sich sehr gut durch die geöffneten Fenster entferne, wenn auf der Gegenseite die Türen aufgesperrt werden. Und wenn auch ein Beamter sofort feststellt, daß diese Fenster gar nicht geöffnet werden können, nun, so darf man um eine Ausrede nicht verlegen sein. Daß sich die Arbeiter dabei die Gesundheit ruinieren, kümmert niemanden, es gibt ja solcher Brut genug. Wahre Dorflohne zahlt die Firma bei vorfindenden Lohnarbeiten. Schon vor 10 Jahren wurde für solche Fälle, wo Manarbeiter gelegentlich mit Holzabladen usw. beschäftigt wurden, pro Stunde 35 Pf. gezahlt. Heute bietet die Firma den Kollegen 32 Pf. an. Am liebsten zahlt sie natürlich überhaupt nichts. Für Reparaturarbeiten, wie

Minnenflücken, Besohlen von Raubbänken usw. zahlt man am liebsten nichts. Es ist aber auch zu verstehen, wenn während der Arbeitszeit ein Treibriemen gerächt werden muß, welches 1 Stunde dauert. Der betreffende Arbeiter kann doch nicht so eigenmächtig sein, und diese Zeit sich vergüten lassen. Müßen ja doch während dieser Stunde auch die übrigen Maschinenarbeiter ihre Mehrwerterschaffende Tätigkeit ruhen lassen. So wenigstens argumentiert die Firma. Daß eine umsichtige Leitung solche Arbeiten während einer Pause machen läßt und diese Arbeit mit Lohnzuschlag bezahlt, braucht man bei Kneifel nicht zu wissen. Dadurch ginge zwar keine Arbeitszeit verloren, aber es bedeutet eine Verringerung der Tradition. Natürlich liegt es auch an den Kollegen selbst, welche sich solche Zustände gefallen lassen. Um neue Arbeiter in die Kunst des Werkzeugmachens einzuweihen, fehlt es dem Meister an der nötigen Zeit, er ist auch nicht allseitiger Fachmann. Das Kritizieren freilich erfordert weniger Uebung. So ist nun so ein armer Neuling auf mitleidige Seelen angewiesen. Bei den herrschenden „hohen“ Affordlöhnen kann es solche freilich wenig geben. Der Neuling ist nun dazu verurteilt, mit 5-8 Mk. die ersten Wochen zufrieden zu sein. Die meisten gehen dabei natürlich immer wieder davon. Nun ist die Firma auf einen genialen Gedanken verfallen. Wenn so ein armer Teufel ihr gefällt, gibt sie ihm in der ersten Woche 3 Mk. Geschenk. Weiter kann die Noblesse nicht gehen. Noch vor einigen Jahren zahlte sie für die ersten 14 Tage je 12 Mark Lohn, das ist ihr aber Leid geworden. Verlangt ein solcher armer Teufel dabei einige Mark Vorschuß, so zieht man diesen natürlich eine Woche später ohne weiteres wieder ab. Von der 10stündigen Arbeitszeit kann man sich ebenfalls nicht trennen. Der junge Chef, welcher jetzt überall eingreift, hat ja reichlich Gelegenheit, sich mit solchen Verhältnissen zu beschäftigen. Möge er seinen Besen, welchen er so gerne in Bewegung setzt, auch nach dieser Richtung hin benutzen und gründlich mit dem Unfenteich aufräumen. Herr im Hause will auch Herr Emmerling in Firma Geißler, Sopianofabrik, bleiben. Die Firma arbeitet nur halbe Tage. Als die Kollegen den berechtigten Wunsch hatten, bis zum sogenannten Schützenfest voll zu arbeiten und während dieser Woche ganz auszufahren, erhielten sie zur Antwort: Das gibt es nicht. Noch bin ich Herr im Hause. Der Herr wird aber wohl mit sich reden lassen. Hat er doch schon neben seinem Vorgesetzten Herrn Mahardt mit den Vertretern der Arbeiterchaft verhandelt, so wird er auch nichts dagegen haben, wenn solche Verhandlungen seine eigene Firma betreffen. Der Inhaber der Firma, Diebig, ist Vorsitzender des Schützenverbandes. Fortwährend müssen dort Kollegen tagelang aussetzen, auch Verheiratete mit vielen Kindern. Als aber ein junger lediger Kollege seine Papiere haben wollte, war schnell wieder Arbeit da. Eine Erklärung für diesen merkwürdigen Fall ist schwer zu finden. Etwas selbstherrlich verfährt auch die Firma B. Gerbstedt. Anstatt abzurechnen, bot sie vor kurzem den Kollegen einige Mark Abschlag an. Als diese opponierten, erhielten sie sofort ihr Geld mit der Motivierung, ohne Opposition hätte man immer wieder nur Abschlag gezahlt. Alles in allem kann man sagen, daß solche Verhältnisse nur möglich sind bei Konjunkturen, wie sie leider noch in Reiz sind. Bei Arbeitsanhäufungen wird man etwas vorsichtiger mit seinen Arbeitern umspringen. Vieles kann aber auch schon jetzt geändert werden, wenn die Kollegen ernstlich wollen. Allen Kollegen rufen wir zu, agitiert fleißig für die Organisation, nur mit Hilfe dieser können bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Unsere Lohnbewegung.

In **Wodrum**, **Namen** und **Gladbeck** wurden den Schreinermeistern Forderungen in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen unterbreitet. Die Antworten seitens der Arbeitgeber stehen noch aus, doch dürften die nächsten Tage Klarheit bringen. Wir bitten um Fernhaltung des Zuzuges nach diesen Orten.

In **Cottbus** sind nach wiederholten ergebnislosen Verhandlungen mit der Tischlerinnung am 31. Juli gegen 70 Kollegen in den Ausstand getreten. Zuzug ist streng fern zu halten.

In **Essen a. d. Ruhr** ist nunmehr gleichfalls, nachdem der für den Ort in Leipzig gefällte Schiedsspruch infolge Austrittes der Mitglieder aus dem Schutzverband nicht zur Durchführung gebracht wurde, zwischen dem Arbeiterverband für das Baugewerbe und der Schreinermeisterinnung einerseits und den in Frage kommenden Arbeiterverbänden andererseits, ein Tarifvertrag zum Abschluß gebracht worden. Die Verhandlungen wurden unter Vorsitz des Beigeordneten der Stadt Essen, Herrn Mats, auf Grund desselben Vertragschemas geführt, nach welchem auch die bisherigen Verträge im Ruhrgebiet zustande kamen. Der Vertrag bringt den Kollegen ab 1. August eine Lohnerhöhung von 2 Pf. und am 1. Juli 1910 eine weitere Erhöhung um 3 Pf. pro Stunde. Desgleichen ab 1. Juli 1910 an Stelle der bisherigen 9½stündigen die 9stündige Arbeitszeit. Der Durchschnittslohn steigert sich während der Vertragsdauer von 53 auf 58 Pf. Der Lohn für die Maschinenchreiner beträgt 5 Pf. mehr. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 15. April 1912. Er umfaßt die Stadt Essen und die Vororte Altenesson, Nellinghausen und Drebeneh.

In **Hagen i. W.** hatten die beiden Firmen **Herrhausen** und **Gehardt** dem für die Stadt am 6. Juli zum Abschluß gekommenen Vertrag ihre Zustimmung verweigert. Nachdem es gelungen war, die Betriebe von Arbeitswilligen reinzuhalten, wurde nunmehr nach persönlicher Worsprache auch seitens dieser Firmen der Vertrag vollinhaltlich anerkannt.

In **Hamburg-Altona** ist der Streik der Stellmacher nach 11wöchiger Dauer als aussichtslos aufgegeben worden. Es haben sich eine größere Zahl Streikbrecher eingefunden, darunter ein gut Teil Meisterköpfe. Auch die Geschäftslage hat sich recht schlecht gestaltet, wozu die Aussperrung der Bauarbeiter erheblich beigetragen hat. Einen kleinen Erfolg haben wir immerhin erzielt, insofern, als in dem der Zahlstelle angegliederten Nachbarort Schiffbeck in zwei Betrieben mit fünf Kollegen drei Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1 Mk. Lohnzuschlag bewilligt wurde. Da noch eine größere Zahl Kollegen ar-

beitslos ist, bitten wir den Zugang noch weiterhin fernzuhalten.

In Heidelberg haben die Schreiner und Maschinenarbeiter den Meistern Forderungen unterbreitet. Die Meister antworteten, daß sie die Angelegenheit dem Süddeutschen Arbeitgeberverband zur weiteren Erledigung überwiesen haben. Da der Sekretär des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe, Dr. Meiner, bei den Verhandlungen im Frühjahr über den Normaltarif wiederholt erklärte: Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung gibt es unter keinen Umständen, haben wir mit ziemlicher Sicherheit mit einem Kampf zu rechnen. Wir ersuchen darum dringend den Zugang nach Heidelberg fernzuhalten.

In Girsberg i. Sahl. hat die von uns veranlaßte Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung zum Abschluß eines neuen Vertrages mit dem Arbeiterschutzbund geführt. Mit diesem Vertrage ist eine Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde erreicht worden, und zwar 2 Pf. ab 1. September d. J. und 1 Pf. ab 1. Juli 1910. Vom letzten Termin an tritt auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 59 auf 58 Stunden die Woche ein. Analog der Stundenloohnerhöhung tritt eine Erhöhung der bestehenden Akkordpreise von 5 und 3 Proz. ein. An den Kollegen liegt es nun, das Erreichte strikte hochzuhalten und unentwegt an dem weiteren Ausbau und der Kräftigung unseres Verbandes zu arbeiten.

In Magdeburg suchen die paar Macher vom Schutzbund den übrigen Arbeitgebern noch immer weis zu machen, daß ihnen auf ihr Angebot zu Unterhandlungen von uns noch immer keine Antwort erteilt worden sei. Die Herabsetzung, die darin liegen soll und die Erwartung, daß der Schutzbund doch noch durch einen allgemeinen Abschluß einiges von dem Geforderten zu retten vermöchte, hat denn bisher auch noch die Misstimmung und Unzufriedenheit derjenigen Arbeitgeber zu beschwichtigen vermocht, die als maßgebend in Frage kommen. Auch hat es deswegen schon genug gegeben, besteht doch das halbe Duzend Scharfmacher gerade aus denjenigen Arbeitgebern, die infolge der bisher gezahlten niedrigen Stunden- und Akkordlöhne durch Bewilligung der Forderungen zu weit größeren Zugeständnissen gezwungen würden, wie die übrigen. Um sich also nicht isolieren zu lassen, wird mit dem unlauteeren Mittel der Verdrehung und Entstellung mit einer Fälschung operiert, die wahrlich einer besseren Sache würdig wäre. Die Antwort auf ihr Anerbieten zu Unterhandlungen ist den Herren schon am 2. Juli zugegangen und zwar in zustimmendem Sinne. Wenn sie ihnen nicht in den Krän gepaßt hat, so bleibt ihre Verwertung in der bezeichneten Weise eine unsaubere Manipulation. Darauf aber zu erwarten, daß etwa die Arbeiter das Kennen kriegen sollten, bloß um, wie im vorigen Jahre, immer wieder deren Gesellschaft genießen zu können, das bleibt bestimmt aus. Es scheint den Herren denn auch doch schon das Gefühl dafür gekommen zu sein, daß es damit nichts wird, denn in den letzten Tagen haben sie bereits in anderer Taktik gemacht. Ehrlichkeit war allerdings dabei auch nicht das Leitmotiv, denn ein Vorschlag als Resultat dieser faktischen Erwägungen, nach dem die geforderte Lohnerhöhung für sofort zugestanden, von der sofortigen Arbeitszeitverkürzung sowie aller weiteren Forderungen für zukünftig aber seitens der Arbeiter Abstand genommen werden soll, trägt die Absicht der zukünftigen Nebanche so deutlich an der Stirn, daß die Väter dieser erleuchteten Idee besser tun, ihren Vorschlag gar nicht laut werden zu lassen. Auch die falschen Sentiments und Ideen Manipulationen, womit die Herren im vorigen Jahre ihre Sache drapiert haben, können sie sich für diesmal ruhig sparen. Ihr diesbezüglicher Erguß auf der Gießwiese des Magdeburger „Generalanzeigers“ stimmt niemand zum Weileid und wenn ihn die „Nachzeitung“ in letzter Nummer zum Abdruck bringt, so ist das nur ein Beweis mehr für die oben erwähnte Manipulation. Das Ergebnis der diesmaligen Lohnbewegung muß unter allen Umständen die Schaffung ordnungsmäßiger und zureichender Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Magdeburger Tischlergewerbe sein. Davon wird nicht abgewichen und wenn sich die Herren, deren Ideal das bisherige System der Willfür und Lohnrückerei ist, auch noch länger dagegen sträuben. — Der Zugang von Tischlern, Maschinenarbeitern, Polierern und Drechslern ist weiter strengstens fernzuhalten.

In Munkau dauert der Streik der Tischler und Maschinenarbeiter in dem Staatlichen Betrieb unerbittlich fort. Aber unsere Kollegen sind guten Mutes. Den Arbeitswilligen wird in Berlin alles Mögliche versprochen, aber kommt's zur Sache, dann erhalten sie noch nicht mal die Fahrzeit bezahlt. Den streikenden Kollegen werden allerlei Mißsetaten in die Schuhe geschoben. Da sollen sie Fenster-scheiben zerbrechen haben usw. Aber dem ist nicht so. Im Gegenteil, die Arbeitswilligen verüben hier unter Anführung des Geschäftsführers Krause allerhand lose Vubenstreiche. Als Kapellmeister führt dieser Herr seine hilflosen Elemente an, wenn diese abends singend und johlend die Straße unsicher machen. Auch sonst nehmen sich die Streikbrecher manche Freiheiten heraus, die wenn sie von anderen Leuten begangen werden, zu schweren Bestrafungen führen. Einstweilen erfreuen sich die Arbeitswilligen des weitgehenden Schutzes der Behörden. Die Streikenden lassen sich jedoch nicht irremachen, und sind überzeugt, daß sie den Kampf erfolgreich durchführen werden.

In Nafel befinden sich die Tischler in einer Lohnbewegung. Die Kollegen verlangen die 60stündige Arbeitszeit an Stelle der seither bestehenden 68stündigen, die Befestigung des Kofst- und Logiszwanges und 33 bzw. 58 Pf. Stundenlohn. Bisher gepflogene Verhandlungen waren resultatlos. Auch die Meister scheinen sich in den Versammlungen, die sie bisher hatten, nicht einig werden zu können. In einem, unserem Bevollmächtigten zugegangenen Schreiben des Obermeisters heißt es, daß die Meister am 4. August einen endgültigen Beschluß fassen wollen. Inzwischen haben die nicht an den Ort gebundenen Kollegen begonnen abzureisen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Reife sind unsere Kollegen am 26. Juli ausgesperrt worden. Zurzeit beträgt der Lohn 22 bis 40 Pf.

die Stunde. Die Kollegen forderten eine sofortige Lohnerhöhung von 3 Pf. und ab 1. Juli 1910 2 weitere Pfennige bei einer gleichzeitig eintretenden Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 57 Stunden die Woche. Weiter wurde noch verlangt ein Mindestlohn von 30 Pf. die Stunde für jeden Gesellen, der das erste Gesellenjahr hinter sich hat. Ohne jede Verhandlung, die unsere Kollegen wiederholt angestrebt hatten, lehnten die Arbeitgeber nicht nur diese Forderungen rundweg ab, sondern verlangten auch noch von unseren Kollegen die schriftliche Erklärung, für drei Jahre auf jede Verbesserung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse zu verzichten, was von den Kollegen in entschiedener Weise abgelehnt wurde. Was aber die Arbeitgeber von der Gesamtheit der Kollegen nicht erreichen konnten, suchten sie nun durch Bearbeitung der einzelnen zu erlangen, wobei ganz besonders die im christlichen Verband Organisierten auf's Korn genommen wurden. Bei unseren Verbandskollegen setzten also die Herren das gewünschte Entgegenkommen nicht voraus. Daß die Arbeitgeber mit dieser Methode nicht unrichtig kalkuliert hatten, beweist leider der Erfolg. Von 47 Mitgliedern des christlichen Verbandes leisteten 24 die gewünschte Unterschrift, von denen aber 5 die Arbeit am Montag mit niedersetzten. Außerdem haben noch unterschrieben 4 Unorganisierte und auch 2 Mitglieder von uns, von denen es allerdings im voraus zu erwarten stand. Während also in 6 Betrieben 86 ausgesperrt sind, arbeiten 25 unter der Bedingung weiter, in den nächsten drei Jahren auf jede Verbesserung zu verzichten. Die aussperrenden Arbeitgeber sind Mitglieder des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe. Einige kleinere Betriebe haben sich der Aussperrung nicht angeschlossen. In unseren Kollegen ist es nun, fest auf dem Posten zu sein, um den uns aufgezwungenen Kampf zu einem für uns günstigen Ende zu führen.

In Nürnberg ist der Streik noch nicht vollständig beendet, da die Zunung in einer Vollversammlung die Anerkennung des mit dem Schutzbund vereinbarten Vertrages abgelehnt hat. Dieser Beschluß hat aber nicht viel zu bedeuten; die Herren werden sich noch in die Verhältnisse schicken.

Im Planenschen Grund ist der Streik zur Zufriedenheit unserer Kollegen beendet worden. Erreicht wurde die 57stündige Arbeitszeit, eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 3 Pf. pro Stunde und Erhöhung der Akkordpreise um 5 Prozent.

In Schwemningen stehen die Kollegen bei der Firma Lauffer, Möbelfabrik, seit dem 24. Juli im Streik. Der Zugang von auswärtigen Arbeitskräften ist schon seit Bekanntgabe der Bewegung so gut wie abgeschnitten, sind doch die traurigen Zustände in diesem Geschäft im Laufe der letzten Jahre in ganz Süddeutschland bekannt geworden, auch bei den Unorganisierten. Dagegen mußte damit gerechnet werden, daß einige Eingeborene als Arbeitswillige stehen bleiben. Sie versprachen zwar, bei Ausbruch des Streiks zu Hause zu bleiben, wenn sie auch die Kündigung nicht mit unterzeichnen wollten, doch dazu fehlte ihnen ebenfalls der Mut. Dafür wird ihnen auch die besondere „Nacht“ der hiesigen Arbeitererschaft zu teil. Einzelne wurden durch über hundert Arbeiter nach Hause geleitet, was den Streikposten, die zufällig auch in der Nähe waren, Anzeige wegen groben Unfug einbrachte. Man hat auch schon 24 Strafbefehle a 3 Mk an den Mann zu bringen gesucht. Unsere Kollegen beantragen jedoch in jedem Fall gerichtliche Entscheidung.

In Segeberg ist im Stand des Tischlerstreiks bisher keine Veränderung eingetreten. Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, um Arbeitswillige heranzulocken, aber meistens mit negativem Erfolge. Jetzt haben sie sich an den Arbeitsnachweis des nationalen Arbeitervereins in Werdau bei Riel gewendet. Dieser hat denn auch schon verschiedene Elemente hergeschickt, von denen wir aber jetzt wieder abgesehen haben. Die ganze Sache ist, Arbeitswillige zu bekommen, zeigt ein Beispiel. Der Haupt-scharfmacher, Herr Theet, sucht Arbeitswillige bei einem Wochenlohn von 24-27 Mk. Hätte er diesen Lohn zahlen wollen, so wären wir gewiß nicht in den Streik getreten. Bisher bezahlte dieser Herr durchschnittlich 8, 9 und 10 Mk. wöchentlich. Die Kollegen werden gut tun, nicht auf die Annonce einzugehen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben. Wir werden in Ruhe der Dinge warten, die da kommen sollen, und ausharren in diesem Kampfe, bis die Meister annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier an Orte einführen werden. Darum bitten wir die Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten.

In Stettin sind in der Norddeutschen Bürsten-industrie, Stettin-Grünhof, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag, den 2. August, in den Streik getreten. Die Firma hat es abgelehnt, einen neuen Lohnzettel zu vereinbaren; sie wollte sogar die bisher gezahlten Löhne verschlechtern. Die Firma ist eifrig bemüht, den Betrieb mit Nichtverbandsmitgliedern zu besetzen. Die Durchschnittslöhne haben nach unseren Feststellungen bisher für männliche gelernte Arbeiter 21,00 Mk., für weibliche Arbeiter 9,00 Mk. wöchentlich betragen. Es ist aber keine Seltenheit, daß männliche Arbeiter mit 16,00 Mk. und weibliche mit 7,00 Mk. und weniger die Woche nach Hause gehen müssen. Es kommen dann noch häufig sogenannte Betriebsstörungen und Geschäftsstörungen hinzu, so daß die Arbeiter oder ein Teil von ihnen öfters gezwungen ist, stunden- und tagelang auszuweichen, so daß das Jahreseinkommen hier nicht höher ist als das der Kollegen in den schlecht bezahltesten Gegenden. Wir ersuchen um strenge Fernhaltung des Zugangs.

In Willingen dauert der Streik der Bau- und Möbelschreiner noch fort. Die Meister glauben nun den Streikenden noch weitere Verschlechterungen bieten zu können, weil sie einige höchst zweifelhafte Streikbrecher anwerben konnten.

In Würisshofen ist der Streik aufgehoben worden, als sich die Unmöglichkeit zeigte, einen für die Arbeiter günstigen Vertrag abzuschließen. Die Kollegen sind abgereist.

Ausland.

In Wien ist, wie bereits in voriger Nummer kurz berichtet, der große Kampf der Tischler siegreich beendet

worden. Es war nicht das erstemal, daß sich die Wiener Tischlermeister mit der Aussperrung ihrer Arbeiter eine Niederlage geholt haben. Schon zu Beginn des Jahres 1905 fand eine Aussperrung statt, die nach 15wöchiger Dauer mit einem Siege der Arbeiter endete. Im Sommer 1908 wurde dann im Anschluß an einen Kampf im Baugewerbe, in welchem auch die Bautischler beteiligt waren, ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. Dezember 1908 lief. Von den Gehilfen war, mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse, beabsichtigt, von der Stellung von Forderungen Abstand zu nehmen. Die Unternehmer verlangten jedoch, daß ihnen die Forderungen vorgelegt werden, um darüber zu beraten; in Wirklichkeit war es ihnen aber nicht um eine Beratung zu tun, sondern um die Erlangung von Material, mittels dessen die Arbeitgeber scharf gemacht werden sollten. Wramten doch die Herren darauf, endlich Nachsicht zu nehmen für ihre Niederlage im Jahre 1905. — Die Gehilfen forderten die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde täglich mit Arbeitslohn um 5 Uhr, 10 Proz. Lohnerhöhung, Erhöhung der Minimallohne und der Zuschläge für Überstunden, 14tägige Kündigung, Anerkennung der Vertrauensmänner und Freigabe des 1. Mai. Es fanden Verhandlungen statt, bei welchen sich jedoch bald zeigte, daß die Unternehmer ernstlich nicht an Zugeständnisse dachten. Sie arbeiteten von vornherein auf die Aussperrung hin. Die Verhandlungen mußten sich also zerschlagen und am 6. Februar begann die Aussperrung, von welcher insgesamt etwa 3000 Gehilfen betroffen wurden. Nach einem mit beispielloser Energie durchgeführten Kampf wurde am 21. Juli Frieden geschlossen. In dem abgeschlossenen Vertrag, der bis Ende März 1913 gilt, ist die tägliche Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 14 Uhr nachmittags mit 10 Minuten Frühstückspause und einer Stunde Mittagspause festgesetzt. Samstag tritt der Arbeitslohn um 4 Uhr ein. Der Mindestlohn beträgt für ausgearbeitete Gehilfen 40 Heller pro Stunde, nach zwei vollendeten Gehilfenjahren 45 Heller (ab 1. Juli 1911 tritt hier eine Erhöhung auf 46 Heller ein). Nach drei vollendeten Gehilfenjahren beträgt der Minimallohn 50 Heller; ab 1. Juli 1911 nach 5 vollendeten Gehilfenjahren 52 Heller. Für Maschinenarbeiter beträgt der Minimallohn 44 Heller (ab 1. Juli 1911 47 Heller); für Arbeiterinnen 25 Heller (28 Heller). Die Akkordtarife werden erhöht und zwar für die Bautischler um 10 Proz., für die Buchenbentischler um 7 Proz., für die Weichmöbel-, Wäschkasten- und Nachtschneidertischler um 5 Proz. Die Löhne der Stabzieher werden um 5 Proz. erhöht. Außerdem werden die Zuschläge für Überzeit, Sonntags- und auswärtige Arbeiten geregelt und der Vertrag sehr ausdrücklich fest, daß aus der Feier des 1. Mai für die Gehilfen keine nachteiligen Konsequenzen gezogen werden. Die Forderungen der Wiener Kollegen sind also nicht bis auf den letzten Rest bewilligt, aber der weitaus größte Teil dessen, was sie verlangt haben, ist durchgesetzt worden. Andererseits haben sich die Unternehmer bequemen müssen, ihre Gegenforderungen zurückzugeben, von denen sie angegeben hatten, daß sie die Voraussetzung für den Abschluß eines Vertrages seien. Alles in allem genommen, können die Wiener Tischler mit diesem Resultat des Kampfes zufrieden sein. Die Unternehmer haben eine Schlappe erlitten, die ihnen wohl die Luft nehmen wird, den Versuch mit einer Aussperrung so bald zu wiederholen.

Aus der Holzindustrie.

Die Arbeitsvermittlung unter der Hand.

Von einem Verbandsfunktionär wird uns geschrieben: Die Nachteile, welche das Umschauen nach Arbeit für die Kollegenschaft mit sich brachten, hatten zur Folge, daß die Gewerkschaften der Regelung der Arbeitsvermittlung bald eine größere Aufmerksamkeit zuwandten. Aber trotzdem ist das Umschauen in vielen Berufen, auch leider bei den organisierten Arbeitern noch recht im Schwange, und ganz besonders jetzt in der schlechten Zeit. Es gibt aber auch schon sehr viel Berufe und Branchen, wo das Umschauen ganz beseitigt ist, so daß auch die Unorganisierten nicht den Mut haben, direkt Umschauen zu gehen. Die Arbeitsvermittlung funktioniert aber auch in diesen Berufen nicht wie sie müßte, weil eben die sogenannte „Vermittlung unter der Hand“, von seiten der in Arbeit stehenden überall stark betrieben wird. Diese Art der Vermittlung wird im allgemeinen nicht als ein Vergehen betrachtet, da es ja schließlich gleich ist, ob der Beschäftigungslöse die für ihn geeignete offene Stelle im Inseratenteil einer Zeitung liest oder ob sie ihm ein Freund oder Kollege mitgeteilt hat. In manchen Branchen, wo viel in Kolonnen gearbeitet wird, bei großen umfangreichen Arbeiten, da nehmen die Beschäftigten ihrem Arbeitgeber die Sorgen um Beschaffung von geeigneten Arbeitskräften in der Regel zum Teil ab, weil sie befürchten, es könnte ihnen ein nicht ganz so tüchtiger Kollege wie sie selbst sind, zur Seite gestellt werden.

Dieses und noch vieles andere hindert eine regelrechte Arbeitsvermittlung und läßt den Arbeitsnachweis nicht das werden, was er sein soll, nämlich ein Regulator der Arbeitslosigkeitsdauer. Es soll eben nicht vom glücklichen Zufall abhängen, ob der einzelne sofort nach Austritt aus seiner alten Beschäftigung wieder in eine neue eintritt, wenn viele seiner Berufskollegen wochen- und monatelang auf dem Arbeitsnachweis sitzen. Auch soll der Nachweis dazu dienen, den Arbeitssuchenden über alle Differenzen am Ort sofort eingehend zu informieren. Darum müssen Verbands- sowie paritätische Nachweise, wo solche bestehen, von organisierten Arbeitern immer benutzt werden. In Orten oder in Berufen, wo verhältnismäßig viel Unorganisierte vorhanden sind, oder wo Konkurrenznachweise von den Unternehmern oder von unternehmerfreundlichen Gewerkschaften bestehen, muß leider oft eine Taktik eingeschlagen werden, die die geregelte Arbeitsvermittlung nicht fördert. Auch können Ausnahmen in Krisen wie in der gegenwärtigen zugelassen werden. Denn es wäre eine

Gärte, wollte jemand von einem Arbeitslosen, der mit der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert ist, verlangen, er soll noch wochenlang auf dem Nachweis warten, wenn ihm anderweitig Arbeit angeboten wird. In solchen Fällen nehmen es auch die Arbeitslosen keinem Kollegen übel, wenn er Arbeit unter der Hand annimmt, denn sie würden fast ohne Ausnahme das gleiche tun, wenn ihnen Arbeit geboten wird. Dieses ändert sich aber, sobald der Arbeitssuchende ein Funktionär der Gewerkschaft ist.

Nun haben aber leider die Funktionäre immer am meisten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, zumal in Zeiten der Krise. Denn die Taktik der Unternehmer geht überall dahin, sich derjenigen zuerst zu entledigen, die innerhalb wie außerhalb des Betriebes bestritten sind, die Interessen der Organisation zu wahren. Man kann auch gerade in unserem Verbands fast in allen Zahlstellen die Beobachtung machen, daß die als Funktionäre tätigen Kollegen in der jetzigen Krise ganz besonders schwer getroffen werden. Sie sind zum großen Teil mit der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert, und oft gezwungen, ihren Posten niederzulegen und abzureisen. Anstatt nun diese Kollegen, die unter großen Opfern oft für die andern eintreten müssen, die auch sonst durch ihre innere Überzeugung getrieben, alles für den Verband einsehen, in solchen Zeiten zu stützen, damit sie nicht durch die Sorgen in ihrer Familie Mut und Energie verlieren, sucht man gegen sie eine Ausnahmestellung einzunehmen, indem sie nur durch den Arbeitsnachweis in Arbeit treten dürfen. Alles was bei den andern als Entschuldigend gilt, fällt beim Funktionär weg. Er wird nicht wie jeder andere, als arbeitsloser Kollege betrachtet, sondern als arbeitsloser Branchenleiter, Obmann usw., der auch hier mit seiner Person als Bahnbrecher dienen soll. Bei ihm gibt es keine Rücksichten, ob er ausgesteuert ist, ob er eine so starke Familie hat, von der er die Not und die Nachsorge bei regelmäßiger Arbeit nicht ganz fern halten kann, er darf eben nur regelrecht nach der Reihe vermittelt werden. Weil er ja selbst immer für strikte Benutzung des Nachweises eingetreten ist. Bleibt der Funktionär, ohne vermittelt zu sein, vom Nachweis weg und hat ihn jemand unter der Hand Arbeit nachgewiesen, so wie es täglich bei den andern auch geschieht, dann wird sofort Alarm geschlagen und die Handlungsweise wird als ein schweres Vergehen gebrandmarkt. Es gibt immer und überall eine Gruppe von Prinzipienwächtern, die auch dann dafür sorgen, daß das angebliche Vergehen recht vielen der Berufs Kollegen in möglichst übertriebener Darstellung zugetragen wird. Sie suchen den Schluß daraus zu ziehen, daß sie nun gar nicht mehr nötig haben, den Nachweis zu benutzen, weil ihn ein Funktionär umgangen hat, und daß sie berechtigt sind, von Betrieb zu Betrieb hausieren zu gehen.

Nun soll es ja zutreffen und es ist auch ganz natürlich, daß ab und zu auch mal ein Funktionär unter der Hand in Arbeit tritt. Denn sein Bekannntkreis unter den Berufs Kollegen ist naturgemäß verhältnismäßig groß. Und da mag es zuweilen vorkommen, wenn arbeitende Kollegen wissen, ihr Obmann oder ein tüchtiges Kommissionsmitglied ist lange Zeit arbeitslos, daß sie zunächst diesen eine freigeordnete Stelle anbieten. Dann müßte aber nach der Ansicht einzelner Kollegen, der Funktionär des Verbandes von einem ganz unnatürlichen Pflicht- und Solidaritätsgefühl überwältigt werden und sich kurz und bündig bei seinem Freund und Kollegen für solche Hilfsbereitschaft bedanken. Er müßte ihm sagen, daß er zwar sehr lange arbeitslos und mit der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert ist, auch habe er eine starke Familie, die schon lange ungeheuer darunter leidet, aber auf dem Arbeitsnachweis sitzen noch Kollegen, die vor ihm arbeitslos waren, so möchte er doch so schnell als möglich die Stelle dorthin befördern, und er werde lieber warten bis an ihn die Reihe kommt. In solchen Fällen werden aber wohl die besten und überzeugtesten Arbeiter der Versuchung unterliegen, wenn auch oft recht schweren Herzens, denn die materiellen Bedürfnisse sind eben stärker als der unheugsamste Wille.

Diese Ansichten über die Ausnahmestellung gegenüber den Verbandsfunktionären bei der Arbeitsvermittlung kamen unter anderem in einer vor kurzem stattgefundenen Branchenversammlung der Berliner Möbelpolierer recht drastisch zum Ausdruck. Diese Kollegen sind wohl mit am schwersten von der Krise betroffen. Es kommt noch hinzu, daß durch die veränderte Stil- und Farbenrichtung die Polierarbeit sehr vermindert worden ist. Es sind deshalb mindestens 350 Möbelpolierer zuviel in Berlin, die auch in der allerbesten Zeit den Arbeitsmarkt belasten können. Da kann, bei der jetzt so schlechten Zeit, wirklich ein Kollege buchstäblich verhungern, wenn er gezwungen wird, nur durch den Nachweis in Arbeit zu gehen, wenn er nicht anderweitige Einnahmen hat oder Unterstützung erhält. Man muß unter solchen Umständen zu dem Schluß kommen, daß mit dem Propagieren und schließlich mit der Durchführung solcher Ansichten am Ende nur den Unternehmern ein Dienst erwiesen wird. Denn wenn diese noch etwas schärfer als bisher darauf achten, die Verbandsfunktionäre bei Entlassungen zu bevorzugen, erreichen sie mit der Hilfe unserer Prinzipienwächter, die darauf bedacht sind, ihnen das Unterkommen zu erschweren, ihren Zweck recht gründlich.

Es ist gewiß der schlaueste Wunsch aller denkenden Arbeiter, eine Regelung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen, wo beide Teile, der Unternehmer sowie der Arbeiter, verpflichtet sind, strikte den Arbeitsnachweis zu benutzen. Aber dazu gehören sehr starke Gewerkschaften, weil sie möglichst alle Arbeiter ihres Berufes unter Kontrolle haben müssen und sie nur dann das Unternehmertum ver-

pflichten können, solche Bestimmungen tariflich zu vereinbaren. Aber es könnte auch jetzt schon wesentliche Abhilfe geschaffen werden, wenn die Arbeiter nicht, sobald sie in Arbeit stehen, vergessen würden, was sie einst so schwer bedrückte als sie arbeitslos waren. Sie müssen eben dann der armen Arbeitslosen gedenken, und können ihnen auch am besten dadurch dienen, wenn sie alle freiverbundenen Stellen, von denen sie wissen, daß sie wieder besetzt werden, sofort auf irgendeinem Wege nach dem zuständigen Arbeitsnachweis gelangen lassen. Freilich ist auch dieses keine Vermittlung wie wir sie wünschen, denn der Vermittelte wird immer erst um seine Einstellung den Arbeitgeber fragen müssen, aber eine Regelung und eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitslosigkeitsdauer wird dadurch sicher herbeigeführt, so daß sie für den einzelnen eher erträglich wird. Dadurch wird den Arbeitslosen mehr genützt, als durch die gehässigen, unfruchtbaren und für die Organisation schädlichen Debatten. W. N.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie hat sich im Monat Juni, nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“, nur wenig gegen den Vormonat geändert. In der Berliner Möbelindustrie liegt das Geschäft immer noch sehr danieder; wenn auch einige Betriebe voll beschäftigt sind, so hat doch die große Mehrzahl nur wenig zu tun und arbeitet mit verminderten Kräften. Ein süddeutscher Bericht bezeichnet die Lage als befriedigender wie im Vormonat. Dagegen scheint nach einem pommeresischen Bericht in den Sägewerken und Bautischlereien das Geschäft sehr schlecht zu sein, ebenso in der Kistenfabrikation. Der Bericht einer bayerischen Bürstenfabrik hebt hervor, daß im Juni die Beschäftigung wieder besser war, da sowohl die Inlandsaufträge und hauptsächlich die Exportaufträge wieder zahlreicher eintreffen. Ein badischer Bericht nennt die Lage in der Bürstenfabrikation noch wenig zufriedenstellend. In der Sonneberger Spielwarenindustrie ist der Grad der Beschäftigung noch nicht zufriedenstellend, wenn auch etwas besser als letztes Jahr. Im Eisenbahnwagenbau hat sich der Geschäftsgang nach den eingegangenen Berichten nicht wesentlich geändert. Die Beschäftigung ist noch immer unzureichend und schlechter, als im Vorjahr. Das Arbeiterangebot war noch reichlicher als gewöhnlich. In der Automobilindustrie blieb der Geschäftsgang zum größten Teil gut und war in vielen Werken besser als im Juni 1908. Vereinzelt mußten Lieberstunden eingelegt werden.

Die Fachzeitung hat, wenn auch reichlich spät, nun auch etwas von der Niederlage des Schutzverbandes in Nürnberg erfahren. In ihrer Nummer 31, vom 1. August, gibt sie an recht versteckter Stelle den Inhalt des abgeschlossenen Vertrages wieder, enthält sich aber jeder Bemerkung dazu. Das ist auch das Klügste, was das Unternehmervorgang tun kann, um sich aus der peinlichen Situation zu retten, in welche es durch die Geschicklichkeit seines genialen Leiters geraten ist. Der Doktor L. M. halte in den letzten Wochen schwierige Aufgaben zu erfüllen. Er mußte seinen Begierden anschnurren, und das Ergebnis seines Nittes in das Reich der Museen liegt jetzt vor in Gestalt eines schauerlich schönen Sanges zur Begrüßung des Wiesbadener Fischlertages, der an der Spitze der Nummer 31 der „Fachzeitung“ abgedruckt ist.

Von einem derartig hervorragenden Dichter, der die Kunst des Verfeschmiedens in so vorzüglicher Weise beherrscht, kann man nicht erwarten, daß er auch den irdischen Dingen die notwendige Aufmerksamkeit schenkt. Und so konnte es geschehen, daß auf den von uns bereits gekennzeichneten Heftartikel in Nr. 29 der „Fachzeitung“, der schon reichlich post festum erschienen war, in der Nr. 30 ein weiterer Artikel folgte, der in die gleiche Kerbe häut. Aufschluß über die von unserer Organisation erzielten Erfolge in Nürnberg, den wir uns vorzagen, auf diese Leistungen näher einzugehen.

Die letzten Nummern der „Fachzeitung“ lassen überhaupt die Tüchtigkeit ihres Chefredakteurs in hellstem Lichte erstrahlen, und wir wollen den Herrn Doktor gern bestätigen, daß er in seiner Art ein Nachtexemplar ist. Im Zweifel könnte man allenfalls sein, welcher Seite seiner Tätigkeit höhere Anerkennung zu zollen ist. Bisher hatten wir nur Gelegenheit, das Selbstbewußtsein zu bewundern, von welchem er, ob seiner journalistischen Leistungen erfüllt ist; nachdem wir nun auch das Vergnügen hatten, die Produkte seiner Dichtertätigkeit kennen zu lernen, müssen wir besämt gestehen: ein solches Vorbild ist unerreicht. Der Chefredakteur der „Fachzeitung“, dieser Dichter unter den Dichtern, ist ein ganz unbezahlbarer Kaiser.

Emil Wünsche, A.-G. für photographische Industrie in Meid bei Dresden. Wie der Vorstand in seinem Bericht für 1908 ausführt, sind die Bemühungen, die darauf abzielten, einen besseren Nutzen zu erzielen, nicht soweit von Erfolg begleitet gewesen, daß die Verteilung einer Dividende in Vorschlag gebracht werden kann. Erzielte wurde ein Rohgewinn von 21 820 Mk. (i. B. 10 000 Mk. Verlust). Zu Abschreibungen werden 47 888 Mk. (i. B. 41 655 Mk.) verwendet, so daß sich ein Verlust von 26 068 Mk. ergibt, der sich unter Hinzurechnung des vorjährigen Verlustfalldes von 51 658 Mk. auf 77 727 Mk. erhöht und der vorgetragen wird. Im laufenden Jahre ist die Verwaltung mit dem Geschäftsgang besser zufrieden, und der Absatz der Kameras hat sich gehoben.

Gewerkschaftliches.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften im Jahre 1908. Jetzt endlich veröffentlicht der „Gewerkverein“ die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften am Schluß des Jahres 1908. Die befremdliche Erscheinung, daß die Ziffern nicht gleichzeitig mit der bunten bunten Tabelle über die Finanzen der Gewerkschaften veröffentlicht wurden, sucht das Zentralorgan der Gewerkschaften damit zu erklären, daß damals einige Mitteilungen über die Mitgliederbewegung noch ausstanden. Diese Ausrede ist recht faul. Es ist nicht einzusehen, was die Feststellung der Mitgliederzahlen für

besondere Schwierigkeiten verursachen soll; es sei denn, daß die Fixur der Ziffern einige Rückfragen erforderlich machte.

Daß eine solche Fixur vorgenommen wurde, ist sehr wahrscheinlich und diesem Zwecke diente auch die eigenartige Form des Finanzberichtes, der es unmöglich macht, die Mitgliederzahlen mit den Angaben über die Beitragsleistung zu vergleichen. Der vom „Gewerkverein“ gegebenen Nachweisung über die Mitgliederzahlen am Schluß des Jahres 1908 haben wir die entsprechenden Ziffern vom Ende des Jahres 1907 beigelegt und in besonderen Rubriken die Zu- oder Abnahme gegenüber dem Jahre 1907 angegeben. Wir erhalten dadurch die nachstehende Tabelle:

Name des Gewerkvereins	Mitgliederzahl am Endd. Jahres		Gegen 1907	
	1908	1907	Zunahme	Abnahme
Maschinenbau- und Metallarbeiter	37 976	40 700	—	2724
Kaufleute	18 173	10 933	—	1760
Fabrik- und Handarbeiter	15 256	15 846	—	590
Holzarbeiter	5 465	5 805	—	340
Textilarbeiter	6 381	6 107	274	—
Schuhmacher u. Lederarbeit.	5 250	5 264	—	4
Schneider	4 473	4 534	—	61
Bergarbeiter	2 064	2 118	—	49
Graphische Berufe u. Maler	1 708	1 586	122	—
Zigarren- u. Tabakarbeiter	1 900	1 580	320	—
Töpfer und Ziegler	1 725	1 672	53	—
Bauhauhandwerker	768	1 016	—	248
Gemeindearbeiter	1 189	—	1189	—
Frauen und Mädchen	698	698	—	—
Bildhauer	316	374	—	58
Rondirektoren	187	195	52	—
Schiffszimmerer	418	314	104	—
Eisenbahner	120	—	120	—
Brauer	1 021	875	146	—
Steinarbeiter	187	112	25	—
Klempner	43	47	—	4
Gärtner	70	—	70	—
Handelshilfsarbeiter	164	23	141	—
Selbständige Berufe	131	117	14	—
Kellner	—	48	—	48
Zusammen	105 633	108 889	2630	5886

Abnahme 3256

Recht eigenartig berührt der Kommentar, den der „Gewerkverein“ zu den Zahlen gibt. Wo die 1189 Gemeindearbeiter, die 120 Eisenbahner und 70 Gärtner herkommen, die in der vorjährigen Abrechnung nicht geführt wurden, wird mit keiner Silbe verraten und ebensowenig erfährt man, was aus dem Gewerkverein der Kellner geworden ist, der im Jahre 1907 noch mit 48 Mitgliedern aufgeführt wurde. In dieser Beziehung wird nur mitgeteilt, daß seit Beginn des Jahres 1909 der Gewerkverein der Eisenbahner, der am Jahreschlusse gerade ins Entstehen war, eine Reihe neuer, teilweise starker Ortsvereine gegründet hat, und daß sich inzwischen weitere Brauereivereine dem Verbands angeschlossen haben. Um so ausgiebiger wird gegen die Organe der anderen Gewerkschaftsrichtungen polemisiert, die anlässlich des vom „Gewerkverein“ veröffentlichten Rassenberichtes das Fehlen der Mitgliederzahlen und die zum Zwecke der Vorpiegelung falscher Tatsachen erfolgte Gruppierung der Zahlere kritisiert hatten. Was dazu zu sagen ist, haben wir bereits deutlich genug ausgesprochen.

Aber auf ein anderes Moment wollen wir noch einmal hinweisen. Lange ehe von Gewerkschaftsseite eine offizielle Angabe über die Mitgliederzahlen gemacht war, hat die „Frankfurter Zeitung“, und zwar in ihrem dritten Morgenblatt vom 3. Juli dieses Jahres einen Artikel über den „Niedergang der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ gebracht, der offenbar aus der Feder eines Mitgliedes der Zentralleitung der Gewerkschaften stammt. In diesem Artikel ist der Verlust der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften auf 6692 Mitglieder angegeben. Jetzt, in der offiziellen Publikation wird der Verlust nur auf 3256 Mitglieder beziffert. Zieht man zu dieser Unstimmigkeit in Betracht, daß die Zentralleitung des Gewerkvereins mit der Bekanntgabe der Mitgliederzahlen so lange gezögert hat, dann wird es offenbar, daß sich die Hirsche die Freiheit genommen haben, die Öffentlichkeit in ungenügender Weise anzuschwindeln. Die Organe der Hirsche werden nicht umhin können, sich zu diesem Schwindelmanöver zu äußern.

Die sechste internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen findet am 30. und 31. August in Paris statt. Für die Tagesordnung sind bisher folgende Punkte vorgesehen:

1. Bericht des Internationalen Sekretärs.
2. Beratung und Beschlußfassung über die das Internationale Sekretariat betreffenden Anträge.
3. Veranstaltung internationaler Kongresse der Arbeiter.
4. Der Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter in Preußen.
5. Die Einfuhr von Streikbrechern.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht eine Reihe von Anträgen, die für die Konferenz gestellt sind. Ein Antrag aus Norwegen will die jährlichen statistischen Berichte der Landesorganisationen an das Internationale Sekretariat einheitlich gestalten. Von Deutschland wird beantragt, die Streikstatistik einheitlich zu führen. In den Ländern, in welchen die Streikstatistik von den Behörden aufgenommen wird, soll dahin gewirkt werden, daß die Aufnahme nach einheitlichen Grundsätzen

